

**MITGLIEDERVERSAMMLUNG
VEREINSLEBEN
ARBEITSKREISE**

MITTEILUNGEN

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
herausgegeben von Helmut Seidel

Heft 18



ISBN 3-89819-009-9

- © ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V.
Sternwartenstraße 31
D-04103 Leipzig
www.rosa-luxemburg.de

Redaktionsschluß: 31. Mai 1999

Umschlaggestaltung: Hans Rossmann

Redaktion: Kurt Schneider; Gerhild Schwendler; Ursula Wohlfeld

Satz: Claudia Reichel

Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH

Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

I. MATERIALIEN DER ORDENTLICHEN MITGLIEDERVERSAMMLUNG VOM 20. MÄRZ 1999

Bericht des Vorstandes an die Mitgliederversammlung (HELMUT SEIDEL)	5
Bericht zum Haushalt 1998 und Haushaltsplan 1999 (BERND JUHRAN)	16
Bericht der Revisionskommission (REINHARD GRÜTZNER)	21
Information zum Stand der Vorbereitung der Bundesstiftung »Rosa Luxemburg« (KLAUS KINNER)	23
Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung (IVO GOTTWALD)	28

II. AUS DEM VEREINSLEBEN

Mitgliederbewegung	35
Mitgliederbefragung 1998/1999 (statistische Angaben)	37
Information zum Zeitungsarchiv (MELITTA HEINSS)	41

III. AUS DER ARBEIT DER ARBEITSKREISE

Vorstellung des Arbeitskreises Politikwissenschaft	43
Die Ereignisse in Polen 1980/1981 – eine Revolution?	45

I. MATERIALIEN DER ORDENTLICHEN MITGLIEDERVERSAMMLUNG VOM 20. MÄRZ 1999

Bericht des Vorstandes an die Mitgliederversammlung

Liebe Mitglieder, verehrte Gäste!

Unsere Vereinsfreunde OMR Dr. HERMANN MICHEL und Dr. GÜNTER LEWIN sind verstorben. Wir wollen ihrer in Ehren gedenken und versichern, daß wir unsere Tätigkeit in ihrem Sinne weitergestalten werden.

Seit unserer letzten Mitgliederversammlung sind reichlich zehn Monate vergangen. Wie aus dem Ihnen übersandten Sachbericht ersichtlich ist, wurde in diesem Zeitraum viel Arbeit zur Lösung von Aufgaben, wie wir sie in unserer Satzung formuliert haben, geleistet. Über die Güte unserer Aktivitäten hat unsere heutige Mitgliederversammlung zu befinden. Ungeachtet jedoch der Resultate, die unsere kritische und selbstkritische Analyse zeitigen wird, möchte ich zu Beginn allen danken, die durch Wort und Tat zum weiteren Bestehen unserer Stiftung und zu ihrer weiteren Entwicklung beigetragen haben. Um die Worte mancher Fußballtrainer zu gebrauchen: Die Mannschaft hat Charakter gezeigt, gut gespielt, so daß hier kein einzelner hervorgehoben werden muß.

Im letzten Bericht des Vorstandes an die Mitgliederversammlung, der von MANFRED NEUHAUS vorgetragen und von uns bestätigt wurde, wird die »entscheidende Aufgabe des neuen Vorstandes« darin gesehen, den »notwendigen Führungswechsel erfolgreich zu gestalten«. Inwieweit uns dies gelungen ist, darüber haben wir heute zu urteilen. Der Vorstand hat – das kann ich mit gutem Gewissen versichern – keine Mühe gescheut, um die Kontinuität unserer Arbeit zu sichern. Größere Ein- oder Umbrüche hat es im Berichtszeitraum nicht gegeben. Entwicklungen haben stattgefunden, die uns zur Veränderung der bisherigen Arbeitsweise veranlaßte und zum Teil zwang. Mit dem weiteren Wachstum unserer Stiftung und insbesondere mit dem Aufbau der Kooperationsbeziehungen zur im status nascendi befindlichen Bundesstiftung werden weitere Veränderungen anstehen. Der Charakter und die Selbständigkeit unserer Stiftung aber bleiben bestehen, und ihr Gewicht wird primär von der Leistungsbereitschaft ihrer Mitglieder abhängen.

Da wir der Satzungsänderung und den Kooperationsbeziehungen zur Bundesstiftung eigene Tagesordnungspunkte eingeräumt haben, kann ich mich auf drei Punkte, die Veränderungen der internen Arbeit des Vorstandes betreffen, beschränken:

1. Die Einrichtung einer Geschäftsführer-Stelle hat sich bewährt. KLAUS KINNER hat hochmotiviert und intensiv gearbeitet, so daß der Vorstand seinen Vertrag ohne Diskussion einstimmig verlängert hat.

2. Um den Informationsbedürfnis unserer Mitglieder entgegenzukommen, haben wir die Tradition unserer »Mitteilungen« wieder aufgenommen. Wie wir vielfach erfahren haben, ist dies auf positive Resonanz gestoßen. Herstellung und Vertrieb der »Mitteilungen« kosten allerdings Geld – und das für ca. 350 Exemplare. Wenn uns dafür Spenden unserer Mitglieder zugehen würden, wäre das eine Erleichterung unserer Arbeit.

3. Es war eine gute Idee, eine Mitgliederbefragung zu starten. Ihre Ergebnisse stärken nicht nur den demokratischen Charakter unserer Stiftung, sie fördern unsere Tätigkeit. Erfreulich ist, daß die Denkrichtung unserer Mitglieder mit der des Vorstandes im großen und ganzen übereinstimmt. Insgesamt haben 96 Mitglieder geantwortet, vorwiegend aus den Regionen Leipzig und Dresden. Bei den Antworten zu inhaltlichen Fragen wird eine hohe Bereitschaft zur Mitgestaltung und Mitwirkung signalisiert. Wider Erwarten groß sind auch Nutzung und Weiterbildungswünsche bei der Computerpraxis, das Interesse an Exkursionen und die Angebote für Übernachtungsmöglichkeiten. In der Diskussion werden sich GERHILD SCHWENDLER und JÜRGEN SCHLIMPER zu einzelnen Aspekten äußern. Allen Mitgliedern sei versichert, daß der Vorstand die Fragebogen weiterhin gründlich auswerten und in konkrete Maßnahmen umsetzen wird.

Unsere Intentionen zielten aber nicht nur auf Kontinuität und auf notwendige Veränderung der internen Vereinsarbeit. Welche neue Aufgaben in Angriff genommen wurden bzw. in Angriff zu nehmen sind, darüber wird im Folgenden zu berichten sein.

1. Die Entwicklung unserer Stiftung im Jahre 1998 und diesbezügliche Aufgaben für das Jahr 1999

a) Zunächst die erfreuliche Mitteilung, daß die Zahl der Mitglieder der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen auf 309 (Stand 28. Februar 1999) gestiegen ist. Im Berichtszeitraum haben 22 Personen den Antrag auf Mitgliedschaft gestellt, die alle aufgenommen wurden. Von den neu aufgenommenen Mitgliedern nenne ich nur die Namen, die noch nicht in der

Mitgliederliste, die wir im Heft 17 der »Mitteilungen« veröffentlichten, enthalten sind: WALTER FLORSTEDT (Leipzig), Dr. BERNARD H. BAYERLEIN (Köln), Prof. Dr. KARL-HEINZ GRÄFE (Dresden), Dr. HANS-JÜRGEN TÖPFER (Dresden), Dr. ROLAND WÖTZEL (Leipzig), ALEX BÄR (Leipzig), Dr. PETER FELLEBERG (Leipzig) und Dr. GOTTFRIED WILKE (Brandis). Apropos Mitgliederliste. Aus vielen Gesprächen habe ich den Eindruck gewonnen, daß die Mitgliederliste besondere Aufmerksamkeit gefunden hat. So etwa zog unser Vereinsfreund Prof. Dr. WOLFGANG SCHELER aus der Betrachtung der Liste den Schluß, daß Dresden wohl etwas Nachholebedarf habe. Besonders wichtig ist die Tatsache, daß auch einige Jüngere den Weg zu uns gefunden haben.

Das ändert allerdings wenig daran, daß die Altersstruktur unserer Stiftung nach wie vor besorgniserregend ist. URSULA ALBERT hat eine aussagekräftige Statistik zusammengestellt, aus der hervorgeht, daß innerhalb von vier Monaten der Altersdurchschnitt von 57,88 Jahre auf 58,08 gestiegen ist. Das zeigt deutlich die Tendenz. Die Statistik zeigt auch, daß zwei Drittel unsere Mitglieder aus Leipzig und seinem Umfeld kommen. Dresden liegt mit 10,4% nur wenig über der Mitgliederzahl aus den westlichen Bundesländern (7,1%) und Chemnitz liegt mit 2,9 % deutlich darunter. Daraus ergibt sich, daß die Verjüngung der Mitgliedschaft und die regionale Verankerung unserer Stiftung zentrale Aufgaben sind. Im Vorstand haben wir über diese Probleme mehrfach gesprochen.

Folgende Schritte wollen wir unternehmen:

– Beratung mit jungen Mitgliedern unserer Stiftung über die Gestaltung unserer Jugendarbeit. Es wird erst dann gut sein, wenn die jungen Leute ihre Sache selber in die Hand nehmen. Wir möchten die älteren Mitglieder bitten, junge Leute für unsere Stiftung zu gewinnen, und die jüngeren, ihre Freunde und Bekannten mitzubringen.

– Gründliche, vor allem auch publizistische Vorbereitung der Verleihung unseres Förderpreises für junge Wissenschaftler. Die im Herbst 1998 durchgeführte Preisverleihung war eine gelungene und niveauvolle Veranstaltung. Wir hatten auch würdige junge Laureaten. Die Reden, die bei den bisherigen Preisverleihungen gehalten wurden, werden in den »Mitteilungen« veröffentlicht. Allein die Teilnahme der Jugend ist noch zu gering. Auch Vorschläge für künftige Preisträger fließen träge. Ich weiß um die Schwierigkeiten; trotzdem frage ich die älteren Professoren: Wo sind eure Meisterschüler?

– Etablierung einer Schriftenreihe, die sich speziell an die Jugend wendet, die aktuelle theoretische und praktische Themen populär, also weder platt noch akademisch gekünstelt behandelt. Hier sind wir alle herausgefordert. Am besten wäre es natürlich, wenn Jugend für Jugend schreibt.

– Kontakt ist aufzunehmen mit Abgeordneten, mit der Gewerkschaft, mit dem Jugendweihe-Verein, mit der Volkshochschule und ähnlichen Institutionen, um zu prüfen, inwieweit wir deren Bildungsangebote unterstützen und ergänzen können.

– Die Abstinenz mancher Mitglieder gegenüber der Universität ist verständlich, produktiv ist sie nicht. Wir müssen mit den Studenten ins Gespräch kommen. Und auch der Lehrkörper ist nicht nur eine »einheitliche reaktionäre Masse«.

– Was die regionale Verankerung betrifft, so ist in diesem Jahr vor allem ein Arbeitskreis Chemnitz aufzubauen. Die Mitgliederumfrage hatte auch zum Ergebnis, daß eine Reihe von Chemnitzer Freunden sich zur Mitarbeit bereit erklärten.

b) Weniger erfreulich ist, daß 5 Mitglieder aus unserer Stiftung ausgetreten sind. Die Gründe hierfür liegen fast ausschließlich in persönlichen, beruflichen und regionalen Umständen. Ein Mitglied jedoch nennt folgenden Grund für seinen Austritt: Er könne nicht Mitglied eines Vereins sein, der antikommunistische Literatur herausgibt. Er gibt kein Beispiel an, aber vermutlich hat er KLAUS KINNERS Schrift »Die verlorene Zukunft« im Auge. Dieser Vorwurf zwingt mich, nochmals auf den Charakter unserer Stiftung hinzuweisen.

Unsere Stiftung trägt den Namen »ROSA LUXEMBURG«. Ihr Leben und ihr Sterben war ein Leben und ein Sterben für die sozialistische Idee. Ohne sie zu einer Ikone zu machen – ich komme später darauf zurück –, stehen wir in der von ihr verkörperten Tradition. Dies bezeugen diesbezügliche Publikationen (z.B. ANNELIES LASCHITZAS »Die Welt ist so schön bei allem Graus«). Wir haben deshalb die Trägerschaft über die Ausstellung »ROSA LUXEMBURG – Ein Leben für die sozialistische Idee« übernommen, die auch in Dresden gezeigt wurde. In Leipzig haben diese Ausstellung etwa 1300 Personen besucht. Damit im Zusammenhang steht auch, daß wir die Trägerschaft über die ständige Ausstellung im »Liebknecht-Haus« in Leipzig übernommen haben.

Die sozialistische Idee ist keine platonische, am hohen Wertehimmel hängende. Sie ist von gesellschaftlichen Widersprüchen hervorgetrieben worden. Rosas Leben war theoretischer und praktisch-politischer Kampf gegen eine Gesellschaft, die soziale, politische und kulturelle Ungerechtig-

keiten produzierte, die alle menschlichen Werte auf die nackten ökonomischen reduzierte, die das Geld zum alleinigen Gott erhob und damit einen tiefgreifenden Werte- und Kulturverfall bewirkte. Daher ihre zugespitzten Worte: »Sozialismus oder Barbarci«. Soweit ich sehe, hat es in der deutschen Sozialdemokratie keine Persönlichkeit gegeben, die so hart mit der eigenen Bewegung ins Gericht gegangen wäre wie ROSA. Wenn wir heute Fehlentwicklungen, Entstellung und Verbrechen schmerzhafter Kritik unterwerfen, nicht, um die sozialistische Idee zu erdrosseln, sondern um sie zu retten. Folgen wir damit nicht den Spuren ROSA LUXEMBURGS? Und endlich: Wir unterstützen den Kampf für Denkfreiheit, die ja immer auch Toleranz einschließt. Wir kanonisieren nicht die eine oder die andere Meinung. Wir sind weder die Propaganda-Abteilung eines Vorstandes noch der ideologische Stützpunkt dieser oder jener Gruppierung. Für wissenschaftliche Arbeit und Meinungsstreit allerdings sind wir.

2. Zur wissenschaftlichen und Bildungsarbeit der Stiftung

a) Die Chronik und der Sachbericht – beides liegt Ihnen vor – dokumentieren die Vielfalt unseres Vereinslebens. Im Wesentlichen haben sich drei Formen von Veranstaltungen herausgebildet:

– Erstens die Veranstaltungen unserer Arbeitskreise, in denen die wissenschaftlichen, geistig-kulturellen und politischen Interessen unserer Mitglieder ihren Ausdruck finden.

– Eine zweite Form stellen die von den Arbeitskreisen getragenen und langfristig vorbereiteten Kolloquia dar. Sie sind Höhepunkte in der Tätigkeit der Arbeitskreise. Sie wirken in der Regel weit über den Verein hinaus und finden ihren Niederschlag in Publikationen. Hierfür stehen das Brecht-Kolloquium des literaturhistorischen Arbeitskreises, die Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa und die »Personalkolloquia« des wirtschaftswissenschaftlichen Arbeitskreises.

– Die dritte Gruppe von Veranstaltungen sind Konferenzen, die vom gesamten Verein und zumeist in Kooperation mit anderen gleichgelagerten Institutionen veranstaltet werden. Hierzu gehört die Veranstaltung »Szenarien des großen Terrors, Moskau 1938«, mit der wir schon frühzeitig in die Debatten eingriffen, die mit dem Erscheinen des »Schwarzbuches« erneut virulent wurden. Weiter stehen hierfür das Kolloquium »Demokratie und Arbeiterbewegung in der deutschen Revolution 1848/49« und die Konferenz »Revolution – Reform – Parlamentarismus«. Diese beiden Veranstaltungen wurden gemeinsam mit unseren Schwesterstiftungen durchgeführt;

sie fanden in Berlin (Französische Kirche und Abgeordnetenhaus) statt. Sie bestätigen unsere Erfahrung: Nur das Zusammenführen des Potentials mehrerer Stiftungen bietet uns die Chance, gewichtige Leistungen zu erbringen, die wahrgenommen werden. Die letztgenannte Konferenz hatte über 150 Teilnehmer, eine Öffentlichkeit, die über unsere traditionelle Klientel hinausging.

b) Höhepunkte im Leben unserer Stiftung waren immer die *Walter-Markov-Kolloquia*. Im Berichtszeitraum haben wir das sechste mit Erfolg durchgeführt. Die Besonderheit dieses Kolloquiums bestand nicht nur darin, daß es dem Theologen EMIL FUCHS und der Thematik »Christentum und Marxismus« gewidmet war, sondern daß wir mit vielen Persönlichkeiten ins Gespräch kamen, die unsere Stiftung höchstens nur dem Namen nach kannten. Wenn auch der Widerhall in den Medien nicht übermäßig groß war, so hat sich doch unser Unternehmen – das wir gemeinsam mit der »Initiative Christliche Linke« gestalteten – weit herumgesprochen. Jedenfalls zeugen davon eine Reihe von Anfragen, die auf Kontaktaufnahme und auf mögliche Zusammenarbeit hinauslaufen. Wir sind am überlegen, wie wir das Gespräch mit Christen fortsetzen können. Das Kolloquium hat dafür eine gute Basis geschaffen. Die Beiträge waren wissenschaftlich begründet und von hoher politischer Verantwortung getragen. Gesprächskultur konnte man hier lernen.

Wir hoffen, daß das Protokoll bald erscheinen kann. Die Redaktion liegt in den Händen von Vereinsmitglied Prof. Dr. KURT REIPRICH und des Theologen Dr. WITTENBERGER.

Im Vorstand haben wir die Frage gründlich beraten, ob und in welcher Form genannte Kolloquien weiterzuführen sind, da die auf Personen bezogene Thematik im wesentlichen erschöpft ist. Wir favorisieren folgenden Vorschlag: Im Jahre 1999 führen wir das siebente und letzte *Markov-Kolloquium* durch, das die Resultate der bisherigen zusammenzufassen und zu ergänzen hat. Die Thematik könnte lauten: »Eine Universität im Aufbruch – Leipzig 1945–1956«. Die hauptsächlichsten Entwicklungslinien von GADAMERS Universitätsreden bis zur Exmitierung BLOCHS wären nachzuzeichnen. Ausblicke darüber hinaus sind notwendig. Ein Licht zu werfen wäre auf das Wirken solcher Persönlichkeiten wie ERWIN JACOBY, GEORG MAYER, ERNST ENGELBERG, GERHARD HARIG, HEINZ SUCH, HERBERT SCHALLER, u. a. Die Entwicklung der Naturwissenschaften werden sicher nicht im Zentrum stehen können, aber ganz ausgeklammert sollte dieses Gebiet nicht werden. Gelingt uns diese Gesamtschau und die Publikation des 7. Bandes der *Markov-Kolloquia*, dann hätten wir einen bleibenden Beitrag zur Geschichte

der Leipziger Universität geliefert. Das setzt freilich voraus, daß die noch fehlenden Bände bald erscheinen. Der »Behrens-Band« unter der Redaktion von MANFRED NEUHAUS und JOACHIM TESCH ist fast druckfertig. Der »Bloch-Band« nähert sich dem Abschluß. Am meisten Sorgen bereite und bereite uns der »Krauss-Band«. Es wäre höchst bedauerlich, wenn wir auf ihn verzichten müßten. Deshalb setzen wir unsere Bemühungen fort. Ab dem Jahre 2000 planen wir eine neue Veranstaltungsreihe, die die Bezeichnung »Wissenschaft und Gesellschaft« tragen könnte. Die konzeptionelle Vorbereitung sollte schon in diesem Jahr beginnen.

c) Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß eine Stiftung wie die unsere besondere Verpflichtung dem theoretischen Erbe ROSA LUXEMBURGS gegenüber hat. In Sachen Werk-Edition und biographischen Forschungen hat unsere Vereinsfreundin ANNELIES LASCHITZA Bleibendes geleistet, wofür ihr großer Dank gebührt. Eine bleibende und noch keineswegs erschöpfend gelöste Aufgabe ist jedoch, das theoretische Vermächtnis von ROSA aufzuarbeiten und in Beziehung zur Gegenwart zu setzen. Ich deute nur einige Gegenstände an: Spezifik der MARX-Rezeption (Unterschiede zu KAUTSKY und LENIN); kritische Analyse ihres theoretischen Hauptwerkes »Akkumulation des Kapitals«; ihr Politik-, Demokratie- und Sozialismus-Begriff, ihre humanistische Grundhaltung, Geschichte des Kampfes gegen den sogen. »Luxemburgismus« (LENIN, LUKACS, BUCHARIN, STALIN, OELSNER u. a.). Wir sind Realisten und wissen, daß unser wissenschaftliches Potential viel zu klein ist, um diese Aufgabe, vor der ja eigentlich die ganze europäische Linke steht, lösen zu können. Aber anregen und erste Schritte können wir tun. Der philosophische Arbeitskreis unserer Stiftung wird deshalb ab Herbst 1999 in loser Folge Forschungsseminare durchführen, deren Ergebnisse zum 10. Jahrestag unserer Stiftung, im Jahre 2001, auf einer Konferenz vorgetragen werden können.

Aus gegebenem Anlaß eine knappe Bemerkung zur Namensgebung der Bundesstiftung. Wir sind mit WERNER BERTHOLD und KURT MEIER der Meinung, daß einer Inflation entgegengesteuert werden muß. Mehr noch sind wir mit einer Situation unzufrieden, in der von Hinz und Kunz nur ein Satz von ROSA LUXEMBURG zitiert und damit ROSA zur Ikone gemacht wird. Wir schätzen sehr ihren Satz von der Freiheit des Andersdenkenden, meinen allerdings, daß er erst im Zusammenhang mit ihrem theoretischen Gesamtkonzept seine wahre Bedeutung erhält. Der Anfrage der »Gesellschaftsanalyse«, ob wir Einwände gegen deren Namensgebung haben, wurde von uns so beantwortet: Da wir kein Monopol auf ROSA haben noch haben wollen, erheben wir keinen Einspruch. Außerdem begrüßen wir es, wenn die künf-

tige Bundesstiftung unseren Spuren folgt. Schließlich hieß der von uns gegründete Verein »Verein zur Förderung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung« und nicht »Verein zur Förderung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen«.

d) Bemerkungen zur Tätigkeit der Arbeitskreise

Im vorjährigen Bericht des Vorstandes hieß es: »Die Eigenverantwortung der wissenschaftlichen Arbeitskreise ist ein hohes Gut, das unsere plurale Diskussionskultur und Kreativität, aber auch Improvisation und Spontaneität verbürgt. Fern dirigistischer Attitüden sollte der Vorstand darauf dringen, daß die Aktivitäten der Arbeitskreise ... koordiniert ... werden.« Dies gilt auch heute. Am Beginn der Planung für 1999 stand deshalb eine Beratung, auf der wir uns auf Schwerpunkte geeinigt und gegenseitig über unsere Vorhaben informiert haben. Interdisziplinäre Zusammenarbeit, die es in Ansätzen durchaus gibt, muß – wenn sie fruchtbar sein soll – von unten wachsen. Wie der Vorstand keine Zensurbehörde ist, so erteilt er auch keine Zensuren. Wenn in diesem Bericht nicht auf alle Arbeitskreise eingegangen werden kann, so ist dies keineswegs eine Unterschätzung der nicht genannten Arbeitskreise, deren Aktivitäten aus dem Sachbericht zu ersehen sind.

– Meine erste Bemerkung gilt dem regionalen Arbeitskreis Dresden, dessen neues Domizil wir vor einigen Wochen eingeweiht haben. Dresden ist für unsere Stiftung unverzichtbar; und wir möchten unsere dortigen Freunde bitten, uns bei der Gründung eines organisatorisch ähnlich gelagerten Arbeitskreises in Chemnitz zu unterstützen. Aufgrund ihrer Erfahrung sind sie in mancher Hinsicht besser geeignet als die Leipziger. Was die Arbeit unserer Dresdener Freunde betrifft, so stechen besonders ihre Aktivitäten hervor, die sie auf den Gebieten »Linkes Denken« und »Naturwissenschaftliches Weltbild und Gesellschaftstheorie« in Angriff genommen haben. Entsprechende Publikationen liegen vor bzw. befinden sich in Vorbereitung. Aus unseren Programmen geht hervor, daß der Referentenaustausch zwischen Dresden und Leipzig im vollen Gange ist. Mag es anderswo Reibereien zwischen Dresden und Leipzig geben, bei uns dominiert gegenseitiges Verständnis und Solidarität.

– Von gegenseitigem Verständnis getragen war auch die Aufnahme des »Rohrbacher Kreises« in unsere Stiftung. Es läßt sich schon heute sagen, daß sich diese Übernahme fruchtbar auf die Stiftung auswirken wird. Wichtige Felder wie Ökologie, Globalität und Wissenschaftsmethodologie werden stärker als bisher besetzt. Ich möchte den Mitgliedern des »Rohrbacher Kreises«, insbesondere KURT REIPRICH und RUDOLF ROCHHAUSEN, für das

Vertrauen danken, das sie in unsere Stiftung setzen und ihnen eine weitere erfolgreiche Arbeit wünschen.

– Wenn jetzt vom *literaturhistorischen Arbeitskreis* gesprochen werden soll, so nicht deshalb, weil er eine kontinuierliche Arbeit leistet, zwei niveauvolle Konferenzen zu J. R. BECHER und zur Theorie des Romans veranstaltete und Publikationen vorlegte bzw. vorbereitet. Das haben andere Arbeitskreise – wie aus den Ihnen vorliegenden Materialien hervorgeht – auch getan. Schon eher deshalb, weil er den literarisch-kulturellen Charakter unserer Stiftung prägt. Wenn ich richtig sehe, so haben wir gegenüber uns gleichgearteten Institutionen hier ein deutliches Plus. Unsere Stiftung ist nicht nur eine wissenschaftliche, der politischen Bildung verpflichtete Institution, sondern ebenso eine kulturelle. Der Vorstand wird deshalb alle Unternehmungen fördern, die das kulturelle Leben stärken. Vor allem aber möchte ich die Aufmerksamkeit aller Mitglieder auf zwei geplante Veranstaltungen des Arbeitskreises lenken: Einmal geht es um ein Kolloquium, das anlässlich des 60. Geburtstags von VOLKER BRAUN stattfinden soll und besonders seinem Roman »Hinze und Kunze« gewidmet wird. Zum anderen geht es um eine Veranstaltung, auf der des 1. Todestages von HANS PFEIFFER gedacht werden soll. GERHARD ZWERENZ wird sprechen. In beiden Veranstaltungen geht es ganz sicher um eine kritische Analyse der widersprüchlichen geistigen Situation in der DDR. Eine historisch-konkrete, dazu noch auf Personen bezogene Analyse steht aber allemal einer abstrakten Schwarz-Weiß-Malerei gegenüber. Das ist gerade in diesem Jahr, in dem die Medien mehr als hinreichend bekannte Stereotypen wiederholen werden, von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Ich komme im nächsten Abschnitt darauf zurück.

– Wenn wir das Spektrum unserer Bildungsarbeit erweitern wollen, muß über die Bildung weiterer Arbeitskreise nachgedacht werden. Soziologische und bildungspolitische Themen kommen bisher zu kurz. Wir gehen davon aus, daß es notwendig und auch möglich ist, in der nächsten Zeit einen Arbeitskreis Soziologie und einen Arbeitskreis Bildungspolitik zu gründen. Vorabgespräche haben bereits stattgefunden.

– Die Palette der Aktivitäten unserer Gliederungen wäre unvollständig, wenn wir die informelle Interessengruppe für unternehmerisch und freiberuflich Tätige vergessen würden. Wir halten es für wichtig, den Interessen dieser wichtigen Gruppierung bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Dach zu geben.

3. *Bemerkungen zu unserer Publikationstätigkeit*

Auf eine Aufzählung der erschienenen Publikationen kann verzichtet werden, da Ihnen eine entsprechende Liste vorliegt. Auf eine Aufzählung geplanter Publikationen kann ebenfalls verzichtet werden, da auf einige in diesem Bericht schon eingegangen wurde und außerdem auch eine Liste vorliegt.

Beim Absatz unserer Produkte war im Berichtszeitraum Heft 3 der Publikationsreihe »Diskurs«, also die schon erwähnte Schrift von KLAUS KINNER, der »absolute Renner«. 700 verkaufte Exemplare – ein stolzes Ergebnis in unserer Publikationsgeschichte. Glückwunsch und Dank dem Autor! Der Grund dieses Erfolges liegt zweifellos darin, daß KINNER hier Resultate vorlegt, die in langjähriger Forschungsarbeit gewonnen wurden. Ein Grund liegt aber auch darin, daß das Erscheinen der Schrift durch Publikationen in der Presse gut vorbereitet war. KINNERS Schrift ist jedoch nicht der einzige »Bestseller« unseres »Verlages«. ANNELIES LASCHITZAS schönes Büchlein über ROSA LUXEMBURG hat mehr als 500 Abnehmer gefunden. Auch die Nachfrage nach der 2. Auflage unseres »Markov-Bandes« hält an. Es gibt auch Publikationen, die vergriffen sind.

Trotz dieser positiven Beispiele ist es eine Tatsache, daß unsere Produkte auf dem Büchermarkt zu wenig bekannt sind. Wir müssen verstärkt die Möglichkeiten nutzen, um durch Rezensionen und Annotationen in der Presse die Resultate unserer Arbeit bekanntzumachen. Da daran ja auch die Autoren interessiert sein müßten, wäre es gut, wenn sie selbst an der Verbreitung ihrer Schriften mitwirken würden. Das eben haben ANNELIES LASCHITZA und KLAUS KINNER getan.

4. *Zu einigen politischen Schwerpunkten*

Entsprechend unserer Satzung wollen wir die Debatten über die programmatische Erneuerung linken Selbstverständnisses und linker Politik in theoretischer, also kritischer Weise begleiten. Der Vorstand bereitet deshalb eine thematisch und zeitlich größere Veranstaltungsreihe vor. Grundlage hierfür soll die in Arbeit befindliche Publikation eines Autorenkollektivs unter Leitung von DIETER KLEIN »Alternativen. Ein Beitrag der PDS zum Reformdiskurs« sein. In die gleiche Richtung zielen auch Bemühungen des wirtschaftswissenschaftlichen Arbeitskreises, aktuelle Probleme der politischen Ökonomie ausgehend von MARX' »Kapital« zu thematisieren. Die entsprechende Veranstaltungsreihe ist mit großem Interesse angelaufen.

In diesem Jahr finden Wahlen zum Europaparlament und zum sächsischen Landtag statt. Entsprechend dem Stiftungsgesetz werden wir jede direkte Einmischung in den Wahlkampf vermeiden. Aber eine politikwissenschaftliche Analyse der Wahlprogramme der Parteien fällt durchaus in unseren Aufgabenbereich. Unser Politikwissenschaftlicher Arbeitskreis wird sich dieser Aufgabe stellen.

Selbiger Arbeitskreis plant Veranstaltungen zum 50. Jahrestag der Gründung der BRD und der DDR und zur Wende-problematik, Veranstaltungen, die für uns alle von Interesse sein dürften. Darüber hinaus plant der Vorstand eine Veranstaltung – vielleicht in der Form eines Podiumsgesprächs –, die Ursachen und Folgen der Wende zum Gegenstand haben sollte. Wir sollten bei der notwendigen Geschichtsaufarbeitung die letzten 10 Jahre nicht vergessen. In den Planungsdiskussionen im Vorstand wurde der Vorschlag unterbreitet, kritisch-reformerisches Denken und Handeln innerhalb der SED näher zu analysieren und publik zu machen. Der Philosophische Arbeitskreis plant, die sogenannte zweite Praxis-Diskussion, in der ja eine grundlegende Reform der damals herrschenden Denkweise zur Sprache gebracht wurde, in einer Veranstaltung und in einer Publikation zu analysieren.

Ich beende den Bericht mit einem Ausblick. Im vorigen Bericht hat MANFRED NEUHAUS mit dem Rückblick auf die Geschichte unserer Stiftung begonnen und dabei die Initiative unseres ersten Vorsitzenden GUSTAV SEEBER gewürdigt. Ich blicke voraus auf den 10. Jahrestag unseres Vereins, an dem wir vielleicht sagen können, wir haben einen Teil der Intentionen von WALTER MARKOV erfüllt.

Bericht zum Haushalt 1998 und Haushaltsplan 1999

1. Zum Haushalt des Jahres 1998

Sie haben mit der Einladung zur heutigen Mitgliederversammlung auch den Entwurf des Sachberichts über die Realisierung des Haushaltsplanes des Jahres 1998 und den Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 1999 erhalten. Damit liegen Ihnen die Zahlen vor, deshalb kann und möchte ich mich auf einige *Schwerpunkte* unseres Finanzgebarens in beiden Jahren konzentrieren.

Einnahmen 1998

Das abgelaufene Jahr 1998 war das sechste Jahr in der Existenz unserer Stiftung mit einer ganzjährlichen Zuwendung durch den Landeshaushalt. Zur Charakteristik dieses Jahres 1998 ist m.E. zweierlei hervorzuheben:

Erstens erhielten wir mit 240 000 DM den bisher größten Betrag an Zuwendungen der auch keinerlei Kürzungen unterlag. In den Vorjahren unterlagen bewilligte Zuwendungen von 210 000 DM mehr oder weniger großen Kürzungen. Lediglich 1994 erhielten wir 210 000 DM.

Zweitens ist es gelungen, die hohen *Eigeneinnahmen* des Jahres 1997 in Höhe von 40 900 DM mit einem leichten Zuwachs von rund 400 DM zu wiederholen. Das waren bisher die zweithöchsten Eigeneinnahmen in der Geschichte unserer Stiftung nach 1995 mit 57 760 DM (davon 40 000 DM Spende von Günter Reimann). Eine differenzierte Betrachtung der hohen Eigeneinnahmen 1998 zeigt noch Reserven.

Dieses gute Ergebnis erzielten wir vor allem infolge der *Steigerung der zweckgebundenen Spenden* um 8000 DM auf insgesamt 14 690 DM. Bei den drei anderen Positionen der Eigeneinnahmen blieben wir mit insgesamt 7500 DM *unter* dem Vorjahresergebnis.

Die um 3500 DM geringeren Erlöse aus dem Vertrieb unserer Publikationen waren wesentlich der späten Auslösung der Druckaufträge infolge der einmalig späten Zahlung von 75 % der Zuwendungen in den letzten vier Monaten des Jahres geschuldet.

Einmalig in der Geschichte unserer Stiftung haben wir im Jahre 1998 gegenüber dem Vorjahr bei einer gestiegenen Zahl von Mitgliedern sinkende Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen erzielt (1998: 10 655 DM; 1997: 11 580 DM). Dieser »Rekord« wird hoffentlich einmalig bleiben.

Insofern ist es dem Vorstand ein Bedürfnis, allen zu danken, die im letzten Jahr eine Spende geleistet haben. Das waren im einzelnen 14 Mitglieder und Sympathisanten, das Kuratorium des Hauses des Buches, das FÖBIS-Institut und der Rohrbacher Arbeitskreis.

Die insgesamt positive Tendenz in der Entwicklung der Einnahmen hat es uns 1998 möglich gemacht, daß wir vor allem für die *Förderung der politischen Bildung* mehr Mittel ausgeben konnten.

Ausgaben 1998

Bei den *Personalausgaben* haben wir 1998 insgesamt 112 000 DM und 16 200 DM mehr als 1997 ausgegeben. Davon wiederum haben wir die *Honorare für Veranstaltungen* um 4700 erhöht, um vor allem Referenten, die Nichtmitglieder unseres Vereins sind, für Vortragstätigkeit ein geringes Entgelt zwischen 100 und 200 DM zu zahlen. Weiterhin waren wir in der Lage, die *allgemeinen Honorare* um 11 300 DM aufzustocken.

Das setzte uns in die Lage, einen Geschäftsführer mit monatlichem Entgelt für die Stiftung anzustellen, Dadurch war es möglich, die Arbeit des Vorstandes planmäßig fortzusetzen und die Kontinuität der Entwicklung der Stiftung zu wahren, nachdem unser langjähriger Vorsitzender Prof. MANFRED NEUHAUS in dieser Funktion nicht mehr zur Verfügung stand. Insbesondere die Publikationstätigkeit konnte so auf dem bisherigen hohen Niveau aufrechterhalten und stabilisiert werden.

Insgesamt haben wir 1998 rund 25% der Personalausgaben direkt für Veranstaltungen und Publikationen ausgegeben.

Bei den *allgemeinen Verwaltungsausgaben* (VWA) haben wir im Jahre 1998 rund 15 6000 DM ausgeben können, das waren rund 30 000 DM mehr als 1997.

Die Verwaltungsausgaben untergliedern sich in 13 Einzelpositionen, die sich in zwei Gruppen von Ausgaben zusammenfassen lassen:

Die erste Gruppe sind die *Ausgaben für Veranstaltungen und Publikationen*.

1998 umfaßten diese Ausgaben ein Volumen von 62 000 DM. Davon entfielen auf

Druckkosten	38 000 DM
Ausgaben zur Erweiterung und Ergänzung unserer Bibliothek	11 000 DM
Reisekosten für Veranstaltungen	8000 DM
Mieten für Veranstaltungen	5000 DM

Von den 30 000 DM, die 1998 insgesamt mehr für die Verwaltungsausgaben zur Verfügung standen, haben wir für diese Gruppe gezielt rund 22 000 DM mehr eingesetzt.

(Druckkosten + 14 000 DM, Bibliothek + 5000 DM, RK Veranstaltungen + 3000 DM).

Damit erhöhte sich der relative Anteil dieser Ausgaben an den VWA gesamt von 34% im Jahre 1997 auf 40% im Jahre 1998.

Die zweite Gruppe sind die *Verwaltungsausgaben allgemeiner Art*, die nicht direkt Veranstaltungen und Publikationen zurechenbar sind. 1998 haben wir hierfür 94 000 DM ausgegeben. Im Einzelnen waren das für

Mieten für unsere Domizile in Leipzig und Dresden	57 000 DM
Ausgaben für Porto, Telefon und Bürobedarf	17 000 DM
weitere 8 Positionen	20 000 DM

Der Vorstand ist um eine Konzentration der finanziellen Mittel auf die Ausgaben für Veranstaltungen und Publikationen bemüht. Gleichzeitig möchten wir im Interesse einer möglichst großen Zahl von Veranstaltungen und Veröffentlichungen für die einzelne Aktivität möglichst geringe Mittel aufwenden.

Da wir nicht aus dem Vollen schöpfen können, erfordert z. B. die Vorbereitung jeder Veranstaltung das konsequente Bemühen um strengste Sparsamkeit und minimale Kosten. Bei gegenwärtig rund 140 Veranstaltungen im Jahr haben wir für eine Veranstaltung nicht

mehr als DM 57,14 für Reisekosten zur Verfügung. Daraus wiederum ergibt sich, daß die Möglichkeit der Einladung auswärtiger Referenten und Moderatoren begrenzt ist.

An dieser Notwendigkeit strengster Sparsamkeit wird sich in überschaubarer Zeitspanne nichts wesentliches ändern. Im Gegenteil. Die Durchführung einer größeren Zahl von Veranstaltungen außerhalb von Leipzig und Dresden sowie die Einrichtung eines dritten Domizils der Stiftung in Chemnitz wird auch zu einem Ansteigen allgemeiner Kosten wie Mieten führen und somit unsere finanziellen Spielräume für die direkten Kosten von Veranstaltungen teilweise weiter begrenzen.

Gestatten Sie mir schließlich noch einige kurze Bemerkungen zu den Ausgaben für *Investitionen* im Jahre 1998.

Im Interesse niedriger Kosten pro Einzelveröffentlichung und einer hohen Effektivität der in der Stiftung selbst erbrachten Lektorats- und Satzarbeiten sind wir weiterhin bemüht, den bereits 1992 erworbenen Grundstock an Rechartentechnik schrittweise zu modernisieren.

Mit der Ausgabe von 8200 DM für diese Modernisierung hatten wir fast 2000 DM mehr zur Verfügung als 1997 (1995: 3000 DM – 1996: keine Ausgaben). Diese positive Tendenz erleichtert die überwiegend chronamtliche Arbeit unserer Mitglieder. Andererseits besteht weiterhin ein größerer Finanzbedarf in dieser Hinsicht. Zum Beispiel hat der Kopierer für heutige Verhältnisse ein beachtliches Lebensalter erreicht, seine Anschaffung erfolgte im Jahre 1992. Weiterhin müssen wir in der nächsten Zeit die technischen Voraussetzungen für einen Internetanschluß der Stiftung in Leipzig schaffen, um nur zwei Probleme zu nennen.

2. Zum Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 1999

Bei den Überlegungen zur Erarbeitung des Haushaltsplanes sind wir in jedem Jahr mit einem Problem konfrontiert: Wir erzielen von Jahr zu Jahr wachsende Einnahmen, aber einige Positionen unserer Ausgaben wachsen rascher als die Einnahmen. Gleichzeitig sind bereits fast zwei Drittel der Ausgaben nicht veränderbar (z. B. Mieten und Gehälter). Somit stellt sich jährlich die Frage neu, bei welchen Ausgaben Senkungen notwendig und möglich sind. Dies ist ohne Probleme nur bei zwei bis drei Ausgabenpositionen möglich. Damit ist gleichzeitig klar, daß bei den meisten Ausgaben eine Erhöhung nicht möglich ist und somit auch berechtigten Wünschen nicht entsprochen werden kann.

Jetzt möchte ich einige Erläuterungen zu unseren *Einnahmen* und damit zum Volumen des Haushaltes der Stiftung im Jahre 1999 machen.

Erstens können wir davon ausgehen, daß laut dem Zuwendungsbescheid die institutionelle Förderung durch den Freistaat auf dem Niveau des Vorjahres bleibt, wir erhalten also wie im Vorjahr 240 000 DM.

Zweitens wollen wir die Eigeneinnahmen gegenüber 1998 um 4000 DM auf 44 000 DM erhöhen. Dies wollen wir durch die Steigerung der Erlöse aus dem Vertrieb von Publikationen und der Einnahmen aus Beiträgen und Spenden realisieren.

Die Erlöse aus dem Vertrieb unserer Veröffentlichungen sollen um 3000 DM auf 15 500 DM ansteigen (Anstieg zum Ist 1998 um 3900 DM). Dies halten wir für realistisch, weil wir durch die überwiegend erst in den Monaten September bis Dezember 1998 ausgelagerten Druckaufträge jetzt über einen ausreichenden Bestand an neuen Publikationen verfügen, der zielstrebig im Verlaufe dieses Jahres erweitert werden soll.

Unsere Einnahmen aus Beiträgen und Spenden sollen insgesamt um 1000 DM auf 26 000 DM steigen. Im einzelnen ist bei den zweckgebundenen Spenden der Planansatz von 12 000 DM um 4000 DM höher als 1998 (Ist 1998: 14 700). Da wir den Plan bei Spenden

und Teilnehmergebühren um 2000 DM und bei Mitgliedsbeiträgen um 1000 DM niedriger angesetzt haben, ergibt sich per Saldo bei den Beiträgen und Spenden insgesamt nur eine Steigerung um 1000 DM. Hierbei haben wir uns aus Vorsichtsgründen an den erzielten Einnahmen des Jahres 1998 orientiert.

An dieser Stelle sei mir noch eine Bemerkung zum Problem der *Beitragszahlung* gestattet.

Einerseits wächst die Zahl der Mitglieder, die ihren Beitrag bereits in den Monaten Januar bis März jedes Jahres an die Stiftung entrichten. In diesem Jahr trifft dies für 118 Mitglieder zu. Da wir die erste Rate der Zuwendungen des Landes Sachsen erst Ende März erhalten, sind diese zu Beginn des Jahres entrichteten Beiträge eine wichtige Unterstützung für die Stiftung.

Andererseits entrichtet ein nicht geringer Teil unserer Mitglieder den Beitrag nicht im laufenden Jahr bzw. gar nicht. So haben 56 Mitglieder ihren Beitrag für 1998 noch nicht beglichen (rund 20 Prozent der Mitglieder). Diese Mittel fehlen für notwendige Ausgaben. Eine zeitige und zuverlässige Beitragszahlung ist aus unserer Sicht eine wichtige und unverzichtbare Unterstützung zur Entspannung unseres Haushaltes. Dies mögen unsere säumigen Zahler bedenken und wir hoffen auf Veränderung.

Dem Haushaltsplan 1999 liegen also Einnahmen in Höhe von 284 000 DM zugrunde, das bedeutet ein Anstieg um 1,4 % zum Vorjahr.

In einem zweiten Komplex möchte ich Ihnen kurz die geplanten Ausgaben des Jahres 1999 skizzieren.

Die wichtigste Veränderung gegenüber dem Jahre 1998 bei den Ausgaben ergibt sich bei den *Personalausgaben*. Der Planansatz bei diesen Ausgaben mit 130 000 DM ist insgesamt um 15 000 DM höher als im Vorjahr.

Im einzelnen haben wir Ausgaben in folgender Höhe geplant:

Honorare für Veranstaltungen bleiben auf Vorjahresniveau	10 000 DM
Vergütung Festanstellung um 2000 DM geringerer Ansatz als Vorjahr	68 000 DM
Honorare Publikationen um 3000 DM geringerer Ansatz zum Vorjahr	17 000 DM
Honorare allgemein um 20 000 DM höherer Ansatz zum Vorjahr	35 000 DM

Die reduzierten Ansätze bei den Veranstaltungshonoraren und bei der Vergütung der Festanstellung entsprechen im wesentlichen den tatsächlichen Ausgaben des Vorjahres. Aus unterschiedlichen Gründen haben wir 1998 die hierfür geplanten Mittel nicht voll verbraucht.

Die Entscheidung für die genannte Höhe der Personalausgaben zog Konsequenzen für die Planung der *Verwaltungs Ausgaben* nach sich. Der Plan sieht für das Jahr 1999 bei den VWA mit 143 000 DM um 7000 DM geringere Ausgaben vor als der Plan für 1998.

Bei drei Unterpositionen der Verwaltungsausgaben haben wir zum Vorjahr geringere Ansätze vorgesehen:

Bücher, Zeitschriften	5000 DM	(Senkung um 5000 DM)
Bewirtschaftung der Mieträume	3000 DM	(Senkung um 5000 DM)
Außerordentliche Kosten	3000 DM	(Senkung um 1000 DM)

Zur Erläuterung sei gesagt, daß wir hier hohe Ausgaben des Vorjahres wieder reduzieren. Für die Erweiterung des Bestandes unserer Bibliothek sind sicher nicht in jedem Jahr hohe Ausgaben notwendig.

Dieser Senkung bei den genannten drei Positionen steht lediglich die Erhöhung des Planansatzes bei einer Position der VWA gegenüber. Für Porto und Telefonkosten stellen wir mit insgesamt 12 000 DM gegenüber 1998 4000 DM mehr bereit.

Bei den anderen Unterpositionen der Verwaltungsausgaben erfolgte der gleiche Ansatz wie im Jahre 1998.

Insgesamt sind unseres Erachtens im Jahre 1999 damit bei den VWA die Sparpotentiale ausgeschöpft. Das bedeutet auch, daß wir z. B. Umschichtungen innerhalb der Verwaltungsausgaben zugunsten der Druckkosten in Höhe von 8000 DM und zu Lasten anderer Positionen der Verwaltungsausgaben so nicht wiederholen können.

Hinsichtlich der Höhe der *Investitionen* ergab sich wie bei den VWA gleichfalls die Notwendigkeit der Reduzierung des Planansatzes im Verhältnis zum Vorjahr 1998.

Der Plan sieht hier Ausgaben in Höhe von 5000 DM vor. Im Jahre 1998 betrug der Ansatz noch 10 000 DM. Das heißt konkret, daß eine Ersatzinvestition für den Kopierer 1999 nur unter der Voraussetzung möglich ist, daß wir die Eigeneinnahmen um rund 5000 DM zum Planansatz steigern. Es wären also Eigeneinnahmen von 50 000 DM notwendig.

Abschließend eine letzte Bemerkung zum Planansatz für die Ausreichung des *Wissenschaftspreises*. Wir haben Mittel in Höhe von 6000 DM geplant, 1000 DM mehr als im Jahre 1998. Damit werden wir der Ausschreibung gerecht, die die Ausgabe von drei Preisen zu jeweils DM 3000, 2000 und 1000 vorsieht.

Damit sieht der Ihnen vorliegende Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 1999 *höhere Ausgaben von 4000 DM* vor.

Gleichzeitig sichten wir finanzielle Mittel in Höhe von 12 000 DM um. Der Steigerung der Planansätze bei den Personalausgaben um 15 000 DM und beim Wissenschaftspreis um 1000 DM einerseits stehen geringere Ansätze bei den Verwaltungsausgaben um 7000 DM und bei den Investitionen um 5000 DM andererseits gegenüber.

Insgesamt sind wir im Unterschied zum Vorjahr, aber wie in den Jahren davor, zu strikter Disziplin bei der Verausgabung der Mittel gezwungen. Höhere Ausgaben als der Plan vorsieht, haben unbedingt höhere Eigeneinnahmen zur Voraussetzung. Davor steht aber die Realisierung auch der Einnahmen in geplanter Höhe.

Der Vorstand ist der Auffassung, daß er einen realistischen Vorschlag zur Beschlußfassung empfiehlt und hofft, daß er ihre Zustimmung findet.

Bericht der Revisionskommission

IMMO HAENSCH
REINHARD GRÖTZNER
JOSEF PAULUS

Der letzte ausführliche Revisionsbericht wurde ihnen in der letzten Mitgliederversammlung im Mai des vergangenen Jahres vorgelegt. In dieser, wie auch in der 1997er Mitgliederversammlung, wurde in Bezug auf die weitere Revisionsarbeit festgelegt:

1. die Prüfung der Handkasse auf buchhalterische Ordnungsmäßigkeit,
2. weitere Schritte zur Überprüfung der Planung und Verwendung der finanziellen Mittel der Stiftung entsprechend den Anforderungen der Satzung.

Wir führten am 18. Februar dieses Jahres eine dementsprechende Revision durch und verständigten uns mit dem Vorstand über diese Problematik.

Zu 1.

Während wir im letzten Revisionsbericht feststellten, daß sich die Einnahmen und Ausgaben, die über die *Handkasse* getätigt wurden, im Vergleich des Jahres 1996 zu 1997 mehr als verdoppelt hatten, so ist das Verhältnis 1998 zu 1997 in etwa gleich geblieben.

1997 wurden 22 504,44 DM eingenommen und 20 740,84 DM ausgegeben.

1998 wurden 17 372,78 DM eingenommen und 17 208,69 DM ausgegeben.

Unsere Revision konzentrierte sich auf die Kontrolle der Kasse, des dazugehörigen Kassensbuches und der Belege für den Zeitraum vom 23. April 1998 bis zum 31. Dezember 1998. Diesen Endpunkt haben wir gewählt mit der Absicht, der Vollversammlung künftig Bericht über ein komplettes Kalenderjahr zu erstatten. Damit erhöht sich unseres Erachtens die Transparenz, die Überschaubarkeit und auch die Bewertung finanzieller Aktionen. Für dieses Jahr kontrollierten wir lediglich die Ordnungsmäßigkeit der Kassenführung.

Im Revisionszeitraum vom 23. April bis zum 31. Dezember 1998 wurden 14 127,05 DM bar eingenommen.

Davon:	- Beiträge	255,00 DM
	- Spenden	1920,00 DM
	- aus Kolloquia	871,00 DM
	- Schutzgebühren für Publikationen	4273,10 DM
	- sonstige Einnahmen	(eine Verdoppelung zu 1997) 368,05 DM

Bei der Würdigung der Spenden muß erwähnt werden, daß eine Reihe von Mitgliedern, ihre Spenden mit der Zahlung ihrer Beiträge verbinden.

Im gleichen Zeitraum wurden über die Handkasse 13 806,08 DM ausgegeben.

Davon:	- Postwertzeichen und Paketgebühren	2497,80 DM
	- Honorare	3400,00 DM
	- Reisekosten	1594,96 DM
	- Förderpreis	4000,00 DM
	- Sonstige Ausgaben	2313,32 DM

Für den Zeitraum vom 1. Januar bis 18. Februar 1999 stellten wir fest, daß über die Handkasse 3426,46 DM eingenommen und 1780,11 DM ausgegeben wurden.

Der Bargeldbestand stimmt mit dem Kassenbuch überein. Das Kassenbuch und die Belege wurden durch Frau URSULA ALBERT ordnungsgemäß und übersichtlich geführt. Die Revisoren möchten ihr, sicherlich auch im Namen aller Mitglieder, Dank sagen.

Soweit zu den Revisionen der Handkasse und der Kontrolle der Buchführung.

Zu 2.

Hier wird deutlich, daß es sich um eine weitaus kompliziertere und inhaltlich anspruchsvollere Arbeit handelt.

Unser *Ausgangspunkt* ist, durch die Untersuchung der Planung und Verwendung der Haushaltsmittel die Arbeit der Stiftung transparenter zu machen, positive Tendenzen sichtbar zu machen, Schwachstellen aufzuzeigen und nach Möglichkeit Hinweise für die weitere Arbeit zu geben.

Als Revisoren sehen wir unsere Aufgaben darin, die Mitgliederversammlung und den Vorstand künftig stärker darin zu unterstützen, Schwerpunkte – entsprechend der Forderung der Satzung – *der politischen Bildung* zu setzen. Unserer Auffassung nach, muß die Forderung der Satzung nach politischer Bildung durch die Vollversammlung und den Vorstand konkretisiert werden. Die Förderung wissenschaftlicher Forschung zur Geschichte, Gegenwart und Zukunft sollte stärker am Charakter des Vereins ausgerichtet werden. D.h., wenn sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen als PDS-parteinaher Stiftung versteht, dann sollte sich die Hauptrichtung der Arbeit auf gegenwartsbezogene und künftige Aufgaben orientieren. Die gesellschaftliche Entwicklung und die politische Situation seit dem 27. September vergangenen Jahres erzwingen dies. Wir regen an, über konkrete, auf lange Sicht angelegte Projekte eines alternativen Gesellschaftsmodells nachzudenken.

Ohne diese Konkretisierung der politischen Bildungsarbeit erübrigt sich eine Kontrolle der Verwendung der finanziellen Mittel gemäß den Forderungen der Satzung, da eine allgemeine Bildungstätigkeit durch Publikationen und Veranstaltungen sich aus dem Charakter der Stiftung von selbst ergibt.

Von daher meinen wir, sollte der § 2 des Satzungsentwurfes – auch unter dem Gesichtspunkt der Einbeziehung Jugendlicher in unsere Arbeit – durch einen Anstrich ergänzt werden, der wie folgt lauten könnte:

»Der Satzungszweck wird erfüllt durch die Entwicklung von Projekten und Modellen, die sich an den theoretischen und praktischen Anforderungen der gesellschaftlichen Entwicklung sowohl im nationalen als auch im internationalen Rahmen ergeben.«

Anmerkung: Der Antrag zur Satzungsänderung wurde in der Diskussion durch mich (R.G.) zurückgestellt (nicht zurückgezogen), um die Annahme der neuen Satzung möglich zu machen. Die Problematik lag hierbei in den bereits abgegebenen schriftlichen Voten.

Information zum Stand der Vorbereitung der Bundesstiftung »Rosa Luxemburg«

Mit der Bundestagswahl vom 27. September 1998 sind Voraussetzungen und Bedingungen entstanden, die es den etablierten Parteien im Bundestag erschweren, der PDS auch weiterhin die Möglichkeit zu nehmen, ihre politische Bildungsarbeit durch eine mit staatlichen Mitteln finanzierte ihr nahestehende Stiftung zu befördern. Die seither vonstatten gegangene Diskussion und Entwicklung läßt die Wahrscheinlichkeit zunehmen, daß der Bundestag in seinem Haushalt 1999 der parteinahen Stiftung der PDS wie allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien sogen. Globalmittel zuweisen wird. In ihrem Falle wird sich das in der Höhe von ca. 8 Mill. DM bewegen. Diese Mittel werden in den folgenden Jahren auf 13 Mill. steigen und durch Fördermittel aus verschiedenen Etats von Bundesministerien ergänzt.

Welche Rückwirkungen hat diese Entwicklung auf unsere Stiftung? Um diese Frage zu beantworten, muß zunächst das Verhältnis von Bundes- und Landesstiftungen geklärt werden. Die PDS hat frühzeitig mit der Gründung von »Gesellschaftsanalyse Politische Bildung e. V.« eine Bundesstiftung etabliert, die jedoch ihren Aufgaben ohne finanzielle Ausstattung nur sehr begrenzt nachkommen konnte. Sie war insofern eine Bundesstiftung im Wartestand. Rechtlich war sie wie alle anderen parteinahen Stiftungen eine sogen. unechte Stiftung mit Vereinsstatus. Ihre Beziehung zu der ihr nahestehenden Partei ist das durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 14. Juli 1986 festgeschriebene komplizierte Verhältnis von Parteinähe und Unabhängigkeit und Gemeinnützigkeit geprägt. Danach ist es die Hauptaufgabe der parteinahen Stiftungen, als rechtlich und tatsächlich von den Parteien unabhängige Institutionen selbständig, eigenverantwortlich und in geistiger Offenheit die Beschäftigung der Bürger mit politischen Sachverhalten anzuregen und den Rahmen für eine allen interessierten Bürgern zugängliche offene Diskussion politischer Fragen zu bieten. Im Mittelpunkt der Arbeit steht die politische Bildung. Wie auch in unserem Falle hat die PDS nur das Recht, der Stiftung ihren Status abzuerkennen. Die Stiftung ihrerseits muß ihre Tätigkeit im Sinne der Offenheit und Grundgesetzgebundenheit ausformen. Parteipolitisches Engagement im Sinne direkter Übernahme von Funktionen der ihr nahestehenden Partei ist ihr untersagt. Im Falle der Bundesstiftung wird das Bundesinnenministerium unabhängig von der Entscheidung des Bundestages vor der Ausreichung der Globalmittel prüfen, ob die Stiftung allen Kriterien genügt, die an die Vergabe öffentlicher Mittel geknüpft werden. Das dabei besonderer Kontrolle unterliegt, ob das Verbot der indirekten Parteienfinanzierung berücksichtigt wird, versteht sich von selbst.

Das Verhältnis der Bundesstiftung zu entsprechenden Stiftungen oder Vereinen in den Ländern ist bei den anderen Parteien sehr unterschiedlich geregelt. Die Spannweite reicht und reicht von zentralistisch strukturierten Stiftungen, die in den Ländern lediglich Geschäftsstellen betreiben, bis zu tatsächlich und rechtlich unabhängigen Landesstiftungen. Allen gemein ist, daß die Gliederungen auf Landesebene von ihren jeweiligen Mutterstiftungen zur Realisierung ihrer Aufgaben und Projekte die notwendige finanzielle Ausstattung erhal-

ten und gleichzeitig Landesmittel in Anspruch nehmen. Wie dies geschieht, ist wiederum unterschiedlich. Die Spezifik der PDS-nahen Stiftungen besteht darin, daß sich in den ost-deutschen Ländern seit Anfang der neunziger Jahre Vereine und Stiftungen herausgebildet haben, die basisdemokratisch und ohne staatliche Förderung politische Bildungsarbeit geleistet haben. Einige von ihnen erhalten – wie wir – von den jeweiligen Landesregierungen Fördermittel. Das betrifft neben uns die Berliner Helle Panke, den Brandenburgischen Verein für politische Bildung »Rosa Luxemburg« und den Bildungsverein Elbe-Saale. Anderen Vereinen, z.B. dem Jenaer Forum, werden die ihnen zustehenden Mittel vorenthalten. Daneben gibt es weitere Vereine, so in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz oder Hamburg. Da dort noch nicht sofort mit PDS-Fraktionen in den Landes- oder Stadtparlamenten zu rechnen ist, scheidet eine staatliche finanzielle Förderung zunächst aus.

War die Gesellschaftsanalyse bislang eine Bundesstiftung im Wartestand, die mit ihren relativ wenigen Mitgliedern (ca. 50) die ihr mögliche Bildungsarbeit leistete, bereitet sie sich jetzt darauf vor, ihrem bundesweiten Anspruch gerecht zu werden. Damit stellt sich auch die Frage nach ihrem Verhältnis zu den Landesstiftungen und Vereinen neu. Erst jetzt gewinnt auch die Frage nach den Mechanismen der demokratischen Einflußnahme der Landesstiftungen auf die Entscheidungen der Bundesstiftung praktische Bedeutung. Bundes- und Landesstiftungen befinden sich seit dem Frühjahr 1998 in einem intensiven Diskussionsprozeß, um auf die damals noch vage Möglichkeit, die inzwischen ein relativ hohes Maß an Wahrscheinlichkeit gewonnen hat, vorbereitet zu sein. In einem längeren Diskussionsprozeß wurden die Konturen der Arbeit der Bundesstiftung umrissen und ihr Verhältnis zu den Landesstiftungen geklärt. Im Ergebnis dieses Prozesses entstanden eine Reihe von Dokumenten, die hier kurz vorgestellt werden sollen.

Grundsatzdokument ist das durch die Mitgliederversammlung der Gesellschaftsanalyse beschlossene »Konzept zur Entwicklung der PDS-nahen Bundesstiftung Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. unter den Bedingungen des Erhalts von Globalmitteln aus dem Bundeshaushalt«. In der Präambel des Papiers wird nach einer allgemeinen Aufgabenbestimmung festgestellt: »Die Arbeit der Stiftung ist bundesweit. Sie wird in enger Zusammenarbeit mit den PDS-nahen Landesstiftungen und Vereinen realisiert.«

Die politische Bildung wird auf folgende Schwerpunkte orientiert:

1. Demokratisch-sozialistische Reformalternativen
2. Kräfte des demokratischen und sozialen Fortschritts im politischen System der Bundesrepublik Deutschland
3. Die Geschichte sozialer Emanzipationsbewegungen und die historische Sozialismus- und Kommunismusforschung

Die Forschungs- und Studienförderung orientiert auf solche Projekte, die im Sinne des Auftrags der Stiftung zur politischen Bildung im Geiste des demokratischen Sozialismus relevant sind und die nicht schon von anderer Seite gefördert werden.

Zur Auslandsarbeit:

- Förderung internationaler Diskurse zwischen Organisationen, Gruppen, Bürgerinnen und Bürgern,
- Förderung von Initiativen und Projekten, Förderung ausländischer Nachwuchskräfte.

Zu Kunst und Kultur:

Hier gibt es die noch etwas vage Idee, ein Kulturprojekt »Bertolt Brecht« zu etablieren.

Zur Publikationstätigkeit und Öffentlichkeitsarbeit:

Hier ist vorgesehen, die Zeitschrift »Utopic kreativ« zu übernehmen, Hefte zur politischen Bildung und ein Jahrbuch herauszugeben.

Ein letzter Arbeitsbereich umfaßt die *Arbeitsstelle für Information, die Bibliothek und das Historische Archiv der PDS*.

Die Förderschwerpunkte werden durch die Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Kuratoriums der Stiftung für einen Zeitraum von bis zu vier Jahren beschlossen. In diesem Zusammenhang ein Wort zum Kuratorium der Bundesstiftung. Leitendes Gremium der Stiftung ist der Vorstand. Ihm ist als beratendes Organ ein Kuratorium zur Seite gestellt, das nach einem Drittelproporz zusammengesetzt ist. 1. Vertreter der PDS. Vorsitzender des Kuratoriums ist Prof. MICHAEL SCHUMANN; Prof. LOTJAR BISKY ist Mitglied. 2. Vertreter der Landesstiftungen und -vereine. Stellvertretender Vorsitzender ist der Berichterstatter. 3. Unabhängige Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kultur. Stellvertretende Vorsitzende ist Dr. IRENE RUNGE. Die Kuratoriumsmitglieder sind von der Mitgliederversammlung gewählt. Die Konstruktion Mitgliederversammlung, Vorstand, Kuratorium basiert auf dem Konsensprinzip.

In der Anlage zu diesem Konzept wird der Vorschlag begründet, den Namen der Stiftung zu ändern in »Bundesstiftung »Rosa Luxemburg« e. V. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung«. Da dies uns unmittelbar betrifft eine Bemerkung: ROSA LUXEMBURG symbolisiert wie wohl keine andere historische Persönlichkeit das wofür wir stehen. In ihrem Namen bündeln sich das Bekenntnis zu unserer linkssozialistischen und kommunistischen Traditionslinie in einer wahrnehmbaren Form. Eine Bundesstiftung der PDS ist gut beraten, neben FRIEDRICH EBERT, KONRAD ADENAUER, HANS SEIDEL oder FRIEDRICH NAUMANN den Namen ROSA LUXEMBURG zu stellen. Wenn es eines Beweises bedurfte, daß diese Entscheidung den Nerv traf, dann lieferten die Reaktionen des rechten Feuilletons ihn. War ROSA LUXEMBURG ihnen über Jahrzehnte nur wegen eines zugegebener Weise wichtigen Satzes teuer, so entdecken sie plötzlich, daß die Berufung der PDS auf sie auch ihre Berechtigung hat: wir berufen uns nämlich auf die ROSA LUXEMBURG, die mit der parlamentarischen Demokratie so ihre Probleme hatte. Ich denke, mit dieser Reaktion unserer politischen Gegner können wir gut leben. Noch eine persönliche Bemerkung zu diesem Thema: Ich bin der Auffassung, das die PDS-nahen Stiftungen ihre Zusammengehörigkeit bei aller historisch gewachsenen Eigenständigkeit, deren Bewahrung ein hohes Gut ist, auch dadurch demonstrieren könnten, das sie den Namen ROSA LUXEMBURG führen. Der brandenburger und der sächsische Verein haben das seit Jahren vorgelebt. Aber das ist natürlich die ureigene Entscheidung jeder Stiftung, jedes Vereins.

Ein weiteres Dokument regelt aus der Sicht der Bundesstiftung ihr Verhältnis zu den Landesstiftungen und -vereinen. Ausgangspunkt ist die rechtliche Eigenständigkeit beider Seiten. Ihre Zusammenarbeit erfolgt auf der Freiwilligkeit und des wechselseitigen Interesses. Es wird angestrebt, die Beziehungen über bilaterale Kooperationsvereinbarungen zu regeln. Die Bundesstiftung stellt auf der Grundlage ihrer satzungsmäßigen Ziele und im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten den Landesstiftungen projektbezogene Globalmittel zur Verfügung.

Daraus ergibt sich, daß der Souverän über die Entscheidungen der Bundesstiftung bis hin zur Mittelvergabe deren Mitgliederversammlung ist. Nach deren Satzung ist keine Kollektivmitgliedschaft der Landesstiftungen oder ähnliches vorgesehen. Diese sind nicht die regionalen Gliederungen der Bundesstiftung. Die Bundesstiftung wird aber in den Ländern, wo Landesstiftungen oder mit ihr kooperierende Vereine tätig sind, keine eigenen Geschäfts-

stellen einrichten. Wo solche Strukturen nicht vorhanden sind, muß die Bundesstiftung nach anderen Wegen suchen, ihrem Anspruch und ihrer Verpflichtung zur bundesweiten politischen Bildungsarbeit nachzukommen. Das heißt umgekehrt für uns, daß wir mit Unterstützung der Bundesstiftung unsere Bildungs- und Projektarbeit schrittweise tatsächlich auf ganz Sachsen ausdehnen müssen. Wir wissen alle, daß wir davon noch weit entfernt sind.

Welche Möglichkeiten haben nun die Landesstiftungen, auf die Entscheidungen der Bundesstiftung Einfluß zu nehmen?

Erstens regelt die Konstruktion des Kuratoriums, daß de facto keine Entscheidungen gegen die Interessen der Landesstiftungen getroffen werden können.

Zweitens ist vorgesehen und z. T. schon realisiert, daß Vertreter der Landesstiftungen und -vereine als Personen als Mitglieder in den Verein der Bundesstiftung gewählt werden. Aus unserer Stiftung wurden unser Stiftungsvorsitzender, Prof. HELMUT SEIDEL, und Prof. MANFRED NEUHAUS gewählt. Unser Vorstandsmitglied Dr. MONIKA RUNGE soll auf der nächsten Mitgliederversammlung des Vereins der Bundesstiftung gewählt werden. Wir haben weiter vorgeschlagen, Prof. MANFRED NEUHAUS in den Vorstand der Bundesstiftung zu wählen. Das wird im Verlaufe des ersten Halbjahres erfolgen.

Neben diesen satzungsgemäßen Möglichkeiten der demokratischen Einflußnahme auf die Entscheidungen der Bundesstiftung wurde *drittens* eine weitere Form der Zusammenarbeit von Bundes- und Landesstiftungen und -vereinen geschaffen, die nicht in der Satzung vorgesehen ist und die deshalb, wie auch aus anderen vereinsrechtlichen Gründen, keine für die Bundesstiftung sowie für die Landesstiftungen und -vereine bindenden Beschlüsse fassen kann: der Rat der PDS-nahen Stiftungen und Vereine. Dieser Rat, der ohne diese Bezeichnung als lockeres informelles Gremium der Zusammenarbeit und Koordination schon seit einigen Jahren besteht, wurde per Beschluß der Vorstände der beteiligten Stiftungen und Vereine institutionalisiert. Ihm gehören an: Die Bundesstiftung Rosa-Luxemburg, Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V., der Brandenburger Verein für politische Bildung »Rosa Luxemburg« e. V., der Verein »Helle Panke« zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e. V., die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V., der Verein zur Förderung von Kultur, Wissenschaft und politischer Bildung in Sachsen-Anhalt, das Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., das Forum für politische und interkulturelle Bildung e. V. in Rostock, das Forum für Bildung und Analyse in Baden-Württemberg e. V., Analyse-Kritik-Utopie, Forum für politische Bildung e. V. in Hamburg und das Bildungswerk »Jenny Marx« e. V. Mainz. Der Rat wird sich zum Zwecke der engeren Zusammenarbeit eine Geschäftsordnung geben und Arbeitsgruppen bilden. Eine diffizile Problematik ist die des Zugangs zu diesem Rat. Es geht hierbei um die Frage nach der Regelung der Anerkennung der zu fördernden Stiftungen und Vereine. Die Jure liegt die Entscheidung über die Mittelvergabe letztlich ausschließlich bei der Mitgliederversammlung des Vereins der Bundesstiftung. Auf die Funktion des Kuratoriums war bereits verwiesen worden. Mit dem Rat der Stiftungen kommt ein drittes Gremium hinzu, das – wie ausgeführt – zwar keine bindenden Beschlüsse über Projekte oder materielle Mittel fassen kann, aber mit der Regelung des Zugangs zu ihm eine wichtige Vorentscheidung trifft. Es geht dabei nicht um die Abschottung eines Klubs der Etablierten gegen die Begehrlichkeiten der Außenstehenden, sondern darum zu gewährleisten, daß die beteiligten Stiftungen und Vereine ihre Tätigkeit im Sinne der Satzungen der Bundesstiftung und unter Berücksichtigung des oben zitierten Urteils des Bundesverfassungsgerichts von 1986 ausüben. Dadurch, daß die Aufnahme in den Rat der Stiftungen der Zweidrittelmehrheit bedarf, ist eine hohe Hürde gegen einen ungerechtfertigten Ausschluß gelegt. Im Kern will diese Regelung den bedingungslosen Zugang disparater und unter Um-

ständen miteinander konkurrierender Vereine zum Rat und damit zur Bundesstiftung abschließen.

Soweit zu den bislang erarbeiteten Grundlagen des Wirkens der Bundesstiftung. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen wird den Rat der Stiftungen zu seiner nächsten Beratung im April nach Leipzig einladen. In Anwesenheit des Schatzmeisters der Bundesstiftung wird es um die neuen Aufgaben und Möglichkeiten der Landestiftungen und -vereine unter den Bedingungen des Erhalts von Globalmitteln gehen. Geschäftsführender Arbeitsausschuß und Vorstand werden sich im selben Monat in gesonderten Beratungen mit den inhaltlichen und organisatorischen Konsequenzen dieser Entwicklung befassen. Eines ist heute schon deutlich: Unser Verein wird bis zu unserer nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung sein Gesicht stark verändert haben. Vielleicht wird es notwendig sein, bei weitreichenden Veränderungen, die nicht durch Vorstand allein verantwortet werden können, Sie, liebe Vereinsfreundinnen und -freunde, in geeigneter Form, etwa mit einer außerordentlichen Mitgliederversammlung, in diesen Entscheidungsprozeß einzubeziehen. Es wird an uns liegen, ob – um eine Metapher von ERNST BLOCH zu variieren – diese Veränderung uns kenntlicher oder unkenntlicher gemacht hat. Ich bin sicher, wir werden unser Profil als Stiftung, die einen noch wirksameren Beitrag zum theoretischen Diskurs der Linken erbringt, schärfen und damit im Sinne der Gründer unseres Vereins kenntlicher sein.

Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung

10.00 Uhr, Ratskeller im Neuen Rathaus Leipzig, Weinabteil

Einladung vom 22. Februar 1999, damit fristgerecht laut Satzung.

Mitglieder der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.: 309;

davon bei der Mitgliederversammlung *anwesend*: 106.

Versammlungsleitung: Stellvertretender Vorsitzender JOACHIM TESCH

Protokoll: Schriftführer IVO GOTTWALD

Präsidium: Vorsitzender HELMUT SEIDEL; Stellvertretender Vorsitzender JOACHIM TESCH als Versammlungsleiter; Vereinsfreund KURT SCHNEIDER als Abstimmungsleiter

Eröffnung

Versammlungsleiter JOACHIM TESCH eröffnet die Mitgliederversammlung. Die Versammlung stimmt der vorgeschlagenen Tagesordnung zu.

1. Bericht des Vorstandes

Vorsitzender HELMUT SEIDEL erstattet den Bericht des Vorstandes.

2. Bericht des Schatzmeisters zum Finanzbericht 1998 und zur Begründung des Haushaltsplanes 1999

Schatzmeister BERND JUHRAN erstattet den Bericht des Schatzmeisters.

3. Bericht der Revisionskommission

Kommissionsmitglied REINHARD GRÜTZNER erstattet den Bericht der Revisionskommission. Er stellt namens der Kommission einen Antrag auf Satzungsänderung.

4. Diskussion und Beschlußfassung zu den Berichten

In der Diskussion sprechen sieben Vereinsfreunde.

Die stellvertretende Vorsitzende, GERHILD SCHWENDLER, stellt die Auswertung der Mitgliederbefragung vor.

Der stellvertretende Vorsitzende, JÜRGEN SCHLIMPER, verweist auf den Teil der Mitgliederbefragung zur Politikberatung. Zudem erklärt er, die Internet-Präsentation der Stiftung werde in Kürze eine würdige Form erhalten.

Vereinsfreund JOACHIM FINSTER äußert als Naturwissenschaftler die Erwartung, daß die Stiftung mehr zu Themen wie Ökologie leisten müsse. Er regt eine Zusammenarbeit mit der Wilhelm-Ostwald-Gesellschaft in Großbothen an.

Vorstandsmitglied MONIKA RUNGE, MdL, macht Defizite bei der Politikberatung deutlich. Insbesondere auf den Gebieten ökologischer Umbau der Gesellschaft, nachhaltige Entwicklungen und Zukunft der Erwerbsarbeit fehlten Wortmeldungen der Stiftung. Sie warnt, daß die PDS und die ihr nahe Stiftung nicht »auf dem aktuellen Stand« der nationalen und europäischen Diskussion sei. Sie verweist weiterhin auf die Bemühungen der PDS-Landtagsfraktion zur Finanzierung der Stiftung. Die Stiftung werde die gleiche Summe wie 1998

erhalten. Auch sei der Doppelhaushalt für die Stiftung von Vorteil; nicht verwendete Mittel könnten so in das kommende Jahr übernommen werden.

Vereinsfreund REINHARD NATKE begrüßt die geplanten Veranstaltungen zum 10. Jahrestag der Vereinsgründung sowie die des philosophischen Arbeitskreises und schlägt vor, diese in einen größeren Rahmen zu stellen.

Vereinsfreund KURT REIPRICH gibt bekannt, daß er als Sprecher des Rohrbacher Kreises bereits mit der Bundesstiftung »Gesellschaftsanalyse und politische Bildung« Kontakt aufgenommen habe und in Kürze zu einem Gespräch mit der Geschäftsführerin, EVELYN WIT- TICH, zusammentreffen werde. Ihm gehe es dabei um Themen wie Ökologie, Technologien und Umweltschutz. In der Stiftung sollten nicht nur die Sozialwissenschaften, sondern auch Naturwissenschaften und Technik stärker vertreten sein. Zur Politikberatung führt er aus, er verstehe darunter eine »saubere Analyse« der jeweiligen Themen. Entscheidungen müßten allerdings die Politiker treffen. REIPRICH meint zudem, in der Stiftung sei eine Grundlagen- forschung nicht möglich.

Vereinsfreund HANS WIENHOLD kritisiert, daß es keine gemeinsame Veranstaltung mit dem Komitee für Gerechtigkeit zum 50. Jahrestag des Grundgesetzes gebe. Er sei dankbar für die geplante Veranstaltung zu ERICH ZEIGNER. Außerdem fordert er, zu den Veranstaltun- gen des Hauses der Geschichte, Außenstelle Leipzig, sollten unbedingt auch Mitglieder der Stiftung gehen.

Abstimmung über den Finanzbericht 1998 und den Haushaltsplan für 1999

Abstimmungsleitung: Vereinsfreund KURT SCHNEIDER

a) Abstimmung über den Finanzbericht 1998

	DAFÜR	DAGEGEN	ENTHALTUNG	UNGÜLTIG
schriftliches Votum	91	1	0	5
Abstimmung auf der Versammlung	106	0	0	0
Insgesamt	197	1	0	5

b) Abstimmung über den Haushaltsplan für 1999

	DAFÜR	DAGEGEN	ENTHALTUNG	UNGÜLTIG
schriftliches Votum	92	0	0	5
Abstimmung auf der Versammlung	106	0	0	0
Insgesamt	198	0	0	5

Der Finanzbericht für das Haushaltsjahr 1998 und der Haushaltsplan für 1999 sind – bei fünf ungültigen Stimmen – einstimmig beschlossen.

5. Information zum Stand der Vorbereitung der PDS-nahen Bundesstiftung

Geschäftsführer KLAUS KINNER gibt die Information.

Es sprechen drei Vereinsfreunde zu der Information.

Der stellvertretende Vorsitzende, JÜRGEN SCHLIMPER, bittet zu beachten, daß, wenn die Stiftung im Rahmen der Bildung der Bundesstiftung »ihr Gesicht ändert«, dazu die Zustimmung der Mitgliedschaft vorliegen müsse.

Vereinsfreund HANS WIENHOLD fordert eine Diskussion mit dem Leipziger SPD-MdB WEIß GERBER über die Diskriminierung der PDS bei der Vergabe von Mitteln für eine parteinahe Stiftung.

Vereinsfreundin BARBARA HÖLL, MdB, bittet, die »Finger von dieser Diskussion« zu lassen. Die SPD fahre im Bundestag den eingeschlagenen Kurs bezüglich der Finanzierung der parteinahen Stiftungen mit.

6. Änderung der Satzung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Der stellvertretende Vorsitzende, JÜRGEN SCHLIMPER, begründet die Notwendigkeit der Satzungsänderung. Ziel sei es, die Stiftung handlungsfähiger zu machen, indem die Mitgliederversammlung dann beschlußfähig ist, wenn ordnungsgemäß zu ihr eingeladen worden ist. JÜRGEN SCHLIMPER bittet die Revisionskommission, ihren Antrag auf Satzungsänderung zurückzuziehen, da über ihn gemäß aktueller Satzung nicht abgestimmt werden könne.

Ein Vereinsfreund bittet darum, daß abschbare Änderungen der Satzung im Rahmen der Bildung einer Bundesstiftung jetzt eingefügt werden sollten.

Vereinsfreund BERND KOENITZ fragt nach der Sinnhaftigkeit der Nennung jeweils weiblicher und männlicher Formen in der Satzung und beantragt zwei Änderungen im Vorschlag zur Satzungsänderung:

§ 11: a) Der letzte Satz ist zu streichen. b) Die Mitgliederversammlung soll in »einer Frist von in der Regel sechs, mindestens aber zwei Wochen« einberufen werden.

§ 12: a) Nach »[...] ordnungsgemäß einberufen wurde« soll folgender Abschnitt eingefügt werden: »Die Mitgliederversammlung beschließt unter Berücksichtigung eventueller Änderungsanträge über die Tagesordnung.« b) Der letzte Absatz ist zu streichen.

Der stellvertretende Vorsitzende, JOACHIM TESCH, appelliert an die Revisionskommission und Vereinsfreund BERND KOENITZ, ihre Anträge auf Satzungsänderungen zurückzustellen. Nach der aktuellen Satzung könne man über sie gar nicht abstimmen; da bereits schriftliche Voten zur Satzungsänderung vorliegen, könne man zunächst nur über die den Mitgliedern per Post zugegangene Version abstimmen.

Die Mitgliederversammlung stimmt dem akklamatorisch zu.

Geschäftsführer KLAUS KINNER betont, im Rahmen der Bildung einer Bundesstiftung werde wohl keine Satzungsänderung notwendig werden. Vielmehr sei zu erwarten, häufiger die Mitgliederversammlung einberufen zu müssen.

Abstimmung über die Satzungsänderung

Abstimmungsleiter: Vereinsfreund KURT SCHNEIDER

Folgende Satzungsänderungen stehen zur Abstimmung:

§ 3 Erwerb der Mitgliedschaft

Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person werden, die das 18. Lebensjahr vollendet hat und bereit ist, den Vereinszweck zu fördern. Jedes Mitglied hat in der Mitgliederversammlung eine Stimme. Die Aufnahme in den Verein erfolgt nach schriftlichem Aufnahmeantrag durch Beschluß des Vorstandes. Der Antrag soll den Namen, das Alter, den Beruf und die Anschrift der Antragstellerin/des Antragstellers enthalten.

§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet

- a) mit dem Tod des Mitglieds;
- b) durch freiwilligen Austritt;

- c) durch Streichung von der Mitgliederliste;
- d) durch Ausschluß aus dem Verein.

Die Mitgliedschaft kann mit monatlicher Frist zum Ende eines jeden Kalendermonats gekündigt werden. Die Kündigung ist schriftlich an den Vorstand zu richten, der die Kündigung schriftlich zu bestätigen hat.

Ein Mitglied kann durch Beschluß des Vorstands von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger Mahnung mit der Zahlung des Beitrags im Rückstand ist. Die Streichung darf erst beschlossen werden, nachdem seit der Absendung des zweiten Mahnschreibens drei Monate verstrichen sind. Die Streichung ist dem Mitglied mitzuteilen.

Ein Mitglied kann, wenn es gegen die Vereinsinteressen gröblich verstoßen hat, durch Beschluß des Vorstands aus dem Verein ausgeschlossen werden. Vor der Beschlußfassung ist dem Mitglied unter Setzung einer angemessenen Frist Gelegenheit zu geben, sich persönlich vor dem Vorstand oder schriftlich zu rechtfertigen. Eine schriftliche Stellungnahme der Betroffenen/des Betroffenen ist in der Vorstandssitzung zu verlesen. Der Beschluß über den Ausschluß ist mit Gründen zu versehen und dem Mitglied mittels eingeschriebenen Briefes bekanntzumachen. Gegen den Ausschließungsbeschluß des Vorstands steht dem Mitglied das Recht der Berufung an die Mitgliederversammlung zu. Die Berufung muß innerhalb einer Frist von einem Monat ab Zugang des Ausschließungsbeschlusses beim Vorstand schriftlich eingelegt werden. Nimmt der Vorstand trotz Berufung seinen entsprechenden Beschluß nicht zurück, entscheidet die nächste Mitgliederversammlung in dieser Angelegenheit. Macht das Mitglied von dem Recht der Berufung gegen den Ausschließungsbeschluß keinen Gebrauch oder versäumt es die Berufungsfrist, ist die Mitgliedschaft beendet.

§ 6 Der Vorstand

Der Vorstand besteht aus der Vorsitzenden/dem Vorsitzenden, drei stellvertretenden Vereinsvorsitzenden, zehn weiteren Vorstandsmitgliedern, der Schatzmeisterin/dem Schatzmeister und der Schriftführerin/dem Schriftführer. Die Vorstandsmitglieder sind ehrenamtlich tätig und werden von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Der Vorstand kann die Berufung einer Geschäftsführerin/eines Geschäftsführers beschließen.

Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch die Vorsitzende/den Vorsitzenden und eine stellvertretende Vorsitzende/einen stellvertretenden Vorsitzenden vertreten. Rechtsgeschäfte mit einem Geschäftswert über 3000,- DM sind für den Verein nur verbindlich, wenn die Zustimmung des Vorstandes durch Beschluß des Vorstandes oder nach Information aller Vorstandsmitglieder durch die Mehrheit der Vorstandsmitglieder in schriftlicher Form erteilt ist.

Die Vereinigung mehrerer Vorstandsämter in einer Person ist unzulässig.

§ 7 Die Zuständigkeit des Vorstands

Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. Er hat vor allem folgende Aufgaben:

- (1) Vorbereitung der Mitgliederversammlung und Aufstellung der Tagesordnung;
- (2) Einberufung der Mitgliederversammlung;
- (3) Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung;
- (4) Aufstellung eines Haushaltsplanes für jedes Geschäftsjahr; Durchführung; Erstellung eines Jahresberichtes;
- (5) Erarbeitung einer Geschäftsordnung für die laufenden Arbeiten im Verein; Beschluß über die Geschäftsordnung;

- (6) Beschlußfassung über die öffentliche Ausschreibung des Wissenschaftspreises der Rosa-Luxemburg-Stiftung;
- (7) Abschluß und Kündigung von Arbeitsverträgen;
- (8) Beschlußfassung über Aufnahme, Streichung und Ausschluß von Mitgliedern.

§ 8: Wissenschaftlicher Beirat

Zur beratenden Unterstützung der Tätigkeit des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen wird ein wissenschaftlicher Beirat gebildet. Die Mitglieder des Beirates werden – nach deren Zustimmung – vom Vorstand des Vereins berufen.

§ 9 Beschlußfassung des Vorstands

Der Vorstand faßt seine Beschlüsse im allgemeinen in Vorstandssitzungen, die von der Vorsitzenden/dem Vorsitzenden, bei deren/dessen Verhinderung von einer/einem der stellvertretenden Vorsitzenden, schriftlich oder telegrafisch einberufen werden. Die minimale Einberufungsfrist beträgt eine Woche. Einer Mitteilung der Tagesordnung bedarf es nicht. Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn mindestens neun Vorstandsmitglieder, darunter die Vorsitzende/der Vorsitzende oder zwei stellvertretende Vorsitzende, anwesend sind. Bei der Beschlußfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Leiters der Vorstandssitzung. Die Vorstandssitzung leitet die Vorsitzende/der Vorsitzende, bei deren/dessen Verhinderung einer der stellvertretenden Vorsitzenden.

Beschlüsse des Vorstands sind zu Beweiszwecken in ein Beschlußbuch einzutragen und von der Sitzungsleiterin/dem Sitzungsleiter zu unterschreiben. Die Niederschrift enthält Ort und Zeit der Vorstandssitzung, die Namen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die gefaßten Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis.

Schriftliche Voten sind aus dringendem Anlaß möglich. Ihre Gültigkeit ist gegeben, wenn alle Vorstandsmitglieder von der Abstimmung Kenntnis erhalten, die einfache Mehrheit des Vorstandes innerhalb von 10 Tagen nach Versand des Abstimmungsvorschlages ihr Votum abgegeben hat, eine einfache Mehrheit der Teilnehmer der Abstimmung ihre Zustimmung gegeben hat und die Vorsitzende/der Vorsitzende sowie eine/einer der stellvertretenden Vorsitzenden oder bei Verhinderung der Vorsitzenden/des Vorsitzenden zwei ihrer/seiner Stellvertreter nach Auswertung des Votums die Gültigkeit desselben festgestellt haben. Ein Votum in Schriftform kann jedes Mitglied des Vorstandes aus dringenden Gründen einfordern.

§ 10 Die Mitgliederversammlung

In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. Zur Ausübung des Stimmrechts kann ein anderes Mitglied schriftlich bevollmächtigt werden. Die Bevollmächtigung ist für jede Mitgliederversammlung gesondert zu erteilen. Die Mitgliederversammlung ist insbesondere für folgende Angelegenheiten zuständig:

- (1) Genehmigung des vom Vorstand aufgestellten Haushaltsplans für das nächste Geschäftsjahr; Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstands; Entlastung des Vorstands;
- (2) Festlegung der Höhe und Fälligkeit des Jahresbeitrages;
- (3) Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstands;
- (4) Beschlußfassung über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins;
- (5) Beschlußfassung über die Beschwerde gegen die Ablehnung des Aufnahmeantrages sowie über die Berufung gegen einen Ausschließungsbeschluß des Vorstandes;
- (6) Ernennung von Ehrenmitgliedern.

§ 11 Die Einberufung der Mitgliederversammlung

Mindestens einmal im Jahr soll die ordentliche Mitgliederversammlung stattfinden. Sie wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Das Einladungsschreiben gilt als dem Mitglied zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekanntgegebene Adresse gerichtet ist. Die Tagesordnung schlägt der Vorstand vor.

§ 12 Die Beschlußfassung der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung wird von der Vorsitzenden/dem Vorsitzenden, bei deren/dessen Verhinderung von einer/einem stellvertretenden Vorsitzenden oder einem anderen Vorstandsmitglied geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, bestimmt die Versammlung die Leiterin/den Leiter. Bei Wahlen ist die Versammlungsleitung für die Dauer der Wahlen einem durch einfache Mehrheit der anwesenden Mitglieder zu wählenden Wahlausschuß zu übertragen. Die Protokollführerin/der Protokollführer wird von der Versammlungsleiterin/dem Versammlungsleiter bestimmt. Die Abstimmung muß schriftlich durchgeführt werden, wenn ein Drittel der bei der Abstimmung anwesenden stimmberechtigten Mitglieder dies beantragt.

Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich. Die Versammlungsleiterin/der Versammlungsleiter kann Gäste zulassen. Über die Zulassung von Medienvertretern beschließt die Mitgliederversammlung.

Die Mitgliederversammlung ist beschlußfähig, wenn die Versammlung ordnungsgemäß einberufen wurde.

Die Mitgliederversammlung faßt Beschlüsse im allgemeinen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmenthaltungen bleiben dabei außer Betracht. Zur Änderung der Satzung ist jedoch eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen gültigen Stimmen, zur Auflösung des Vereins eine solche von vier Fünfteln erforderlich. Eine Änderung des Zwecks des Vereins kann nur mit Zustimmung aller Mitglieder beschlossen werden.

Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das von der Versammlungsleiterin/dem Versammlungsleiter und der Protokollführerin/dem Protokollführer zu unterzeichnen ist. Es soll folgende Feststellungen enthalten: Ort und Zeit der Versammlung, die Person der Versammlungsleiterin/des Versammlungsleiters und der Protokollführerin/des Protokollführers, die Zahl der erschienenen Mitglieder, die Tagesordnung, die einzelnen Abstimmungsergebnisse und die Art der Abstimmung. Bei Satzungsänderungen ist der genaue Wortlaut anzugeben.

Außerhalb der Mitgliederversammlung können aus dringenden Gründen auf Beschluß des Vorstandes Mitgliederbefragungen auf dem Postwege durchgeführt werden. Das schriftliche Votum muß der Geschäftsstelle innerhalb von einem Monat nach Postausgang der Befragungsunterlagen aus derselben zugehen. Schriftlich eingeholte Voten sind gültig, wenn die Befragungsunterlagen an alle Mitglieder versandt wurden und mindestens die einfache Mehrheit der Mitglieder des Vereins fristgerecht an der Befragung teilgenommen hat. Die Unterlagen gelten als dem Mitglied zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekanntgegebene Adresse gerichtet ist. Die zur Beschlußfassung nötigen Mehrheitsverhältnisse entsprechen denen, die für die Mitgliederversammlung festgelegt sind. Die Auswertung schriftlicher Voten erfolgt durch den Wahlausschuß, der zur letzten Mitgliederversammlung gewählt worden ist.

Jedes Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor dem Tag der Mitgliederversammlung beim Vorsitzenden schriftlich beantragen, daß weitere Angelegenheiten auf die Tagesord-

nung gesetzt werden. Die Versammlungsleiterin/der Versammlungsleiter hat zu Beginn der Mitgliederversammlung die Tagesordnung entsprechend zu ergänzen. Über Anträge zur Ergänzung der Tagesordnung, die erst in der Mitgliederversammlung gestellt werden, beschließt die Mitgliederversammlung. Zur Annahme des Antrags ist die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.

[Alter § 12 entfällt.]

§ 17 Geschäftsjahr

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Die Schatzmeisterin/der Schatzmeister hat für jedes Geschäftsjahr einen Haushaltsbericht und ein Budget für das kommende Jahr vorzulegen.

	DAFÜR	DAGEGEN	ENTHALTUNG	UNGÜLTIG
schriftliches Votum	88	0	2	7
Abstimmung auf der Versammlung	105	0	1	0
Insgesamt	193	0	3	7

Die vorgeschlagene Satzungsänderung ist mit Mehrheit – bei drei Enthaltungen und sieben ungültigen Stimmen – angenommen.

7. Nachwahl zur Revisionskommission

Kommissionsmitglied REINHARD GRÖTZNER erklärt, er verbleibe in der Revisionskommission. Damit erübrigt sich die Nachwahl.

8. Schlußwort des Vorsitzenden HELMUT SEIDEL

Anlagen

- (1) Bericht des Vorsitzenden
- (2) Bericht des Schatzmeisters zum Finanzbericht für 1998 und zum Haushaltsplan 1999
- (3) Bericht der Revisionskommission
- (4) Information zum Stand der Bildung der PDS-nahen Bundesstiftung
- (5) Neue Fassung der Satzung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

Protokollant

Versammlungsleiter

IVO GOTTWALD
Schriftführer

JOACHIM TESCH
stellvertretender Vorsitzender

II. AUS DEM VEREINSLEBEN

Mitgliederbewegung

(Stand 30. April 1999)

Seit der Veröffentlichung des Mitgliederverzeichnisses (Stand 31. Oktober 1998) in Heft 17 der Mitteilungen nahm der Vorstand im Zeitraum vom 1. November 1998 bis zum 30. April 1999 einstimmig insgesamt 15 neue Mitglieder auf. Im gleichen Zeitraum verloren wir zwei Vereinsfreunde durch Tod; fünf Mitglieder erklärten ihren Austritt bzw. wurden aus der Mitgliederliste gestrichen.

I. Aufnahmen:

1. Bär, Alex (Leipzig)
2. Bayerlein, Bernhard, Dr. (Köln)
3. Fellenberg, Peter, Dr. (Leipzig)
4. Florstedt, Walter (Leipzig)
5. Gräfe, Karl-Heinz, Prof. Dr. (Dresden)
6. Großmann, Horst, Prof. Dr. (Dresden)
7. Heiser, Gerhard, Prof. Dr. (Leipzig)
8. Helbig, Winfried (Leipzig)
9. Lehmann, Eva, Dr. (Markkleeberg)
10. Schönherr, Jens (Dresden)
11. Töpfer, Hans-Jürgen, Dr. (Dresden)
12. Wilke, Gottfried, Dr. (Leipzig)
13. Wötzel, Roland, Dr. (Leipzig)
14. Voit, Ernst, Prof. Dr. Dr. (Dresden)
15. Zimmer, Brigida (Dresden)

II. ausgeschiedene Mitglieder

1. Andert, Frank (Leipzig)
2. Eisenächer, Harri (Tuchheim)
3. Glöckner, Heidy (Leipzig)
4. Gräser, Tilo (Gotha)
5. Jelpke, Ulla (Hamburg)
6. Lewin, Günter, Dr. (Leipzig) †
7. Rothe, Matthias, Dr. (Essen)
8. Schmidt, Jochen, Dr. (Leipzig) †
9. Schröter, Hans, Dr. (Kellbra)

III. Mitgliederstatistik

Mitglieder insgesamt: 314
davon Frauen: 70

**Statistische Angaben zur Veranstaltungstätigkeit der
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 1992-1998**

Jahr	Veranstaltungs- zahl	Teilnehmer- zahl	Gesamtkosten	Kosten je Veranstaltung	Kosten je Teilnehmer	Teilnehmer je Veranstaltung
1992	15	1100	5861,60	390,77	5,33	73,3
1993	62	3537	22 890,96	369,21	6,47	57,0
1994	96	3549	29 209,89	304,27	8,23	37,0
1995	135	3837	22 978,93	170,21	5,99	28,4
1996	136	3562	20 552,52	151,12	5,77	26,2
1997	137	4826	18 886,36	137,86	3,91	35,2
1998	136	5856	24 287,97	171,59	4,15	43,1

Mitgliederbefragung 1998/1999

1. Fragebogen

Name, Titel und Vorname:

Geburtsdatum:

Anschrift:

Telefon:

Fax:

e-Mail:

1. Welche Themengebiete aus der Arbeit der Stiftung interessieren Sie besonders, so daß Sie des öfteren deren Veranstaltungen besuchen bzw. Publikationen erwerben?
2. Auf welchen Gebieten und in welchen Formen sollte die Rosa-Luxemburg-Stiftung stärker aktiv werden?
3. Auf welchen Gebieten der Wissenschaft oder der politischen Bildung sind Sie derzeit aktiv tätig?
4. Wie könnten Sie persönlich die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung weiter unterstützen?
 - a) auf welchen Gebieten?
 - b) in welchen Formen? (bitte ankreuzen)
 - Einzelvorträge
 - Vortragsreihen
 - Forschungsarbeiten/Studien
 - Veröffentlichungen
 - andere Formen (bitte nennen):
5. Wenn Sie in der jüngeren Vergangenheit Politikern beratend zur Seite gestanden haben:
 - a) Auf welche Weise ist das geschehen?
 - b) Auf welchen Politikfeldern wären Sie gewillt, beratend tätig zu werden?
6. Was sind Ihre Veröffentlichungen in den letzten fünf Jahren?
7. a) Nutzen Sie Computer für das Schreiben Ihrer Manuskripte?
ja / nein

- Wären Sie im Rahmen der Rosa-Luxemburg-Stiftung interessiert an
- b) einem Computer-Elementarkurs?
ja / nein
 - c) einem Computerkurs zur Weiterbildung in der Textverarbeitung?
ja / nein
8. a) Nutzen Sie das Internet bzw. andere Online-Angebote?
ja / nein
- b) Wären Sie ggf. an einer diesbezüglichen Weiterbildung interessiert?
 - Einführungskurs für Internet-Nutzung oder
 - Kurs »Internet-Recherche für wissenschaftliche Zwecke«?
 - c) Wären Sie bereit, einen Arbeitskreis Ihres Interesses bei der Darstellung im Internet zu unterstützen?
ja / nein
9. Wären Sie interessiert, an Exkursionen allgemeinbildenden Charakters teilzunehmen?
ja / nein
10. a) Wären Sie in der Lage, Referenten oder anderen Gästen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen ein Übernachtungsquartier zu bieten?
ja / nein
- b) Wenn ja: zu welchen Optionen?
11. Welche Empfehlungen möchten Sie dem Vorstand und den Arbeitskreisen darüber hinaus für die Arbeit der Stiftung geben?
12. Speziell an Mitglieder *außerhalb der Städte Leipzig und Dresden* folgende Fragen:
- a) Welche realen Möglichkeiten sehen Sie, auch an Ihren Arbeits- oder Wohnorten Aktivitäten der Stiftung zu entfalten?
 - b) Mit wem würden Sie eine Zusammenarbeit für sinnvoll und möglich halten?
 - c) Welche Möglichkeiten gäbe es, unsere Publikationen breiter zu vertreiben? (z. B. über Bekannte, Buchhandlungen o. ä.)
 - d) Welche anderen Anregungen für Aktivitäten der Stiftung und der Mitglieder haben Sie?

2. Übersicht zur quantitativen Auswertung der Antworten (Stand 29. März 1999)

Zahl der eingegangenen Fragebogen: 96

Auswertbar nach einem zwischenzeitlichen Austritt: 95, ca. ein Drittel der Mitglieder.

Der Vergleich des Rücklaufs der Fragebogen mit den Anteilen lt. Mitgliederstatistik vom 29. Oktober 1998 (Angaben in Klammern) zeigt:

- Der Frauenanteil ist etwas höher: 22 Frauen, ca. 23,1% (22,7%).
- Der Altersdurchschnitt ist deutlich höher: ca. 64 Jahre (57,8 Jahre).
- In der regionalen Verteilung der Mitglieder sind die Anteile der Leipziger und Dresdner überproportional, die aus Regionen außerhalb Sachsens unterproportional vertreten:

– Leipzig und Umfeld:	71 =	74,8 %	(60,7 %)
– Dresden und Umfeld:	10 =	10,5 %	(9,7 %)
– Chemnitz und Umfeld:	2 =	2,1 %	(2,9 %)
– andere Regionen;	12 =	12,6 %	(26,7 %)

Aus der hohen Anzahl von Antworten auf die Fragen 1 bis 6 ergibt sich, daß vor allem die aktiven Vereinsmitglieder geantwortet haben.

Inhaltliche Aussagen zu den Fragen haben gemacht – Zahl der Fragebogen:

(1.)	88
(2.)	63
(3.)	73
(4.)	77
(5.)	37
(6.)	65
(11.)	30
(12.)	20

Interesse an Computerkursen:

(7b.) Elementarkurs: 16

(7c.) Weiterbildung in der Textverarbeitung: 26 (!)

Interesse am Internet

(8b.) Interesse an Internet-Weiterbildung: 21 (!)

(8c.) Bereitschaft zur Unterstützung des Arbeitskreises ihres Interesses zur Darstellung im Internet: 15

(9.) *Interesse an Exkursionen:* 57 (!)

(10.) *Quartierbereitstellung (meist mit Bedingungen):* 26

Sonstige Angaben zur Information:

– Fax: 27

– eMail-adressen: 9 (etwa 10 %!)

(7a.) Computernutzung für Textverarbeitung: 60 (etwa 63 %!)

(8a.) Nutzung des Internets: 20 (21 %)

Information zum Zeitungsarchiv

*»Keine Mühe ist vergebens, die
einem anderen Mühe ersparen
kann.«* (Lessing)

Unter diesem Leitgedanken entstand nach der Idee und auf Initiative von MANFRED NEUHAUS in der Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Sammlung und Registratur von Zeitungsausschnitten. Im Zeitraum von 1993 bis 1998 wurden Beiträge, Artikel und Informationen aus Tageszeitungen erfaßt. Dazu zählen: »Die Zeit«, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, »Freitag«, »Junge Welt«, »Leipziger Volkszeitung«, »Sächsische Zeitung«, »Süddeutsche Zeitung« und »Der Spiegel«. Die Sammlung wurde unter dankenswerter Mitwirkung von Vereinsmitgliedern als Beitrag für die Bildungs- und Forschungsaufgaben des Vereins erstellt. Zukünftig wird in der Stiftung für die über das Internet zugängigen Redaktionsarchive bzw. für die CD-ROM der Zeitungsjahrgänge eine Zugangsmöglichkeit eingerichtet. Für die über diese Medien noch nicht erschließbaren Zeitungen (»Das Parlament«, »Leipzigs Neue« und »Neues Deutschland«) soll die bisherige Verfahrensweise beibehalten werden.

Die Sammlung steht zur Sichtung nach telefonischer Anmeldung (0341-96 08 531) in Ablagekästen bereit. Sie ist nach Sachgebieten und zugehörigen Stichwörtern geordnet:

I. Geschichte:

Geschichte Sachsen / Geschichte Leipzig / Biographien

II. Geschichte der DDR:

Generalia und Bibliographien / Agrarpolitik / Antifaschismus / Außenpolitik und Diplomatie/ Eigentumsproblematik / Frauenemanzipation / Historiographie / Kirchen und Religionswissenschaft / Kunst und Kultur / Literatur / Wissenschaftsentwicklung und Forschung / Bildungssystem / Mehrparteiensystem/ Wahlen / MfS: Generalia und Biographien / Rechtsprechung / NVA / Sport / Runder Tisch und Bürgerbewegung / Chronologie: 1945 bis 1990

- III. *Geschichte der Sozialen Bewegung:*
 Generalia und Bibliographien / Sozialismus- und Revolutionstheorie / Bund der Gerechten und Bund der Kommunisten / MARX und ENGELS / I. und II. Internationale / Deutsche Sozialdemokratie (bis 1945) / AUGUST BEBEL und WILHELM LIEBKNECHT / ROSA LUXEMBURG und KARL LIEBKNECHT / ERNST THÄLMANN / LENIN / Internationale / KPdSU / STALIN und Stalinismus / Trotzkismus / KPD / Arbeitervereine
- IV. *Geschichte der Parteien ab 1945 (alphabetische Anordnung):*
 Generalia und Bibliographien / CDU: Programmatik / Sachsen / CSU / Die Grünen-Bündnis 90 / DSU / FDP / PDS: Programmatik / Geschichte / Sachsen / Leipzig / SED / SPD: Programmatik / Verhältnis zur PDS / Sachsen / Sonstige Parteien / Wahlen (ohne DDR)
- V. *Politik- und Sozialwissenschaft:*
 Generalia und Bibliographien / Arbeit: Generalia und Arbeitslosigkeit / Arbeitgeber, Gewerkschaften und Arbeitnehmer, Lohnpolitik / Menschenrechte / Eigentum / Europäische Union: Generalia und Bibliographien, Völker Europas und Beitrittsländer / Währungsunion, EWG und Arbeitsmarkt, Recht – Ordnung – Sicherheit, Agrarpolitik, Rüstung und Verteidigung, Forschung und Bildung, Soziale Bewegung / Frauenemanzipation / Jugend: Freizeit und Arbeit / Jugend und Gewalt / Gesundheits- und Sozialpolitik / Innenpolitik / Außenpolitik / Bundeswehr / Nation / Ökologie und Umwelt / Rechtsextremismus: Generalia und Bibliographien / Rechtsextremismus: Medien, Parteien, Intelligenz, Gewalt, EU-Länder, Ausländerhaß und Rassismus
- VI. *Weitere Gebiete:*
 Kulturpolitik: Generalia, Literatur, Bildende Kunst, Darstellende Kunst, Musik Baukunst, Beutekunst, Museen und Gedenkstätten / Bildungs- und Wissenschaftspolitik: Generalia, Hochschulen und Universitäten, Schulen, Wissenschaftsentwicklung und Forschung / Medienpolitik
- VII. *Parteinaher Stiftungen (alphabetische Anordnung):*
 Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) / Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP) / Hanns-Seidel-Stiftung (CDU) / Heinrich-Böll-Stiftung (Die Grünen) / Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) / Rosa-Luxemburg-Stiftung (PDS)

III. AUS DER ARBEIT DER ARBEITSKREISE

Vorstellung des Arbeitskreises Politikwissenschaft

Der 1995 innerhalb der Stiftung gebildete Arbeitskreis fördert aus der Sicht der Politikwissenschaft und ihrer Methodik die Information und den Diskurs über moderne politische Theorien und Politikkonzeptionen, ihre Hauptvertreter und repräsentative Publikationen. Er regt zum freimütigen und gehaltvollen Gedankenaustausch über Politik und Ideologie, Programmatik, Strategie und Handeln politischer Kräfte an und bietet ein Forum zur Diskussion wesentlicher aktueller Probleme der Politik. In diesem Bezugsrahmen zählt zu seinen maßgeblichen Intentionen, zur kritischen Reflexion der theoretischen und ideologischen Grundlagen der Politik im Staatssozialismus der DDR und anderer Staaten dieses Typs, ihres politischen Systems, der politischen Praxis sowie der Wirkungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Elemente beizutragen. Auf diese Weise ist er bestrebt, Schlußfolgerungen für eine Neumodellierung und -orientierung von Politik in der Gegenwart im Geiste umfassender Demokratie, sozialer Gestaltung der Gesellschaft, der Wahrung des Friedens und anderer humanistischer Werte gemäß dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zu initiieren.

Da sich mit diesen Zielsetzungen historische, philosophische, politökonomische und staatsrechtliche Aspekte und Themen verbinden, wirkt der Arbeitskreis eng mit den auf diesen Feldern tätigen Arbeitskreisen zusammen. In den Kolloquia der Stiftung und öffentlichen Vortragsveranstaltungen des Arbeitskreises treten aus seinen Reihen und von außerhalb Wissenschaftler und Politiker eines breiten politischen Spektrums auf. Mitglieder des Arbeitskreises wenden sich mit eigenen Publikationen an die Allgemeinheit und sind an der Herausgabe bzw. durch eigene Texte an den Schriftenreihen der Stiftung »Diskurs« und »Texte zur politischen Bildung« beteiligt.

Der Leitung des Arbeitskreises gehören an: MICHAEL FRANZKE, HERBERT MÖNCHOW, KURT SCHNEIDER, INGO WAGNER, ERNST WURL.

Der nachstehende Vortrag von Dr. LOTHAR NETTELMANN wurde am 14. November 1997 in einer Veranstaltung des Arbeitskreises Politikwissenschaft gehalten.

LOTHAR NETTELMANN, geb. 1947, ist Oberstudienrat an der Bismarckschule in Hannover, stellv. Vorsitzender des Verbandes der Politiklehrer und stellv. Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Hannover. Die von ihm verfaßten Vorträge und Publikationen zeugen von hoher Sachkenntnis der polnischen Zeitgeschichte. Sein Buch »Polnische Intellektuelle und Arbeiter 1980/81«, Hannover 1997, stellt eine erweiterte und überarbeitete Fassung seiner Dissertation dar, die 1996 an der Universität Hannover angenommen wurde.

Lothar Nettelmann: Die Ereignisse in Polen 1980/81 – eine Revolution?

Die Betrachtung und Wertung des Gesamtkomplexes der Umbruchsituation in Osteuropa schließt die Verknüpfung von sozialwissenschaftlicher Analyse, von historiographischer Darstellung und prozessualer Betrachtung und – als psychosozialer Ansatz im gesellschaftshistorischen Zusammenhang – die Frage der Motivation der Handelnden ein. Daneben steht deren Zielorientierung. In der Festlegung der Fragestellung bewegt man sich auf der Ebene einer Deskription von Machtbalancen seitens der Akteure und seitens der mit den Machtapparaten verbundenen Intellektuellen sowie auf der Ebene eines Theorieursatzes von hoher Distanz zur Realgesellschaft.¹

Die Destillate einer Ebenenanalyse müssen über historische Betrachtungen – einschließlich der Handlungsmotivationen – zur Synthese geführt werden. Insofern muß die Mehrdimensionalität des Revolutionsbegriffes im gesamten Komplex gesehen werden. Die Marxsche Theorie bzw. das analytische Instrumentarium der marxistischen Wissenschaft greift nicht, weil der Ansatz in seiner Verengung auf Klassenkämpfe seinen analytisch nicht (mehr) zutreffenden Klassenbegriff nicht ablegen kann. Die Nichtanwendung bzw. Nichtanwendbarkeit (1980) auf das Modell Herrschende/Beherrschte, gar die Anathematisierung durch marxistische Wissenschaftler im Realsozialismus, aber auch in Westeuropa, negiert zugleich den Anspruch der kommunistischen Machteliten, ihre eigene Machtübernahme 1947/48 als Revolution definieren zu können und hebt – im Sinne einer Synthesebildung – den Legitimationsanspruch kommunistischer Parteien auf, *Avantgarde* des Proletariats in der *Übergangsphase zum Sozialismus* zu sein. Letztere Aussage wird als historische Zielbestimmung im Historischen Materialismus ihren Stellenwert behalten.

»Den Historikern billigt man ein paar abgeschlossene »große Revolutionen« – in Frankreich oder Rußland – zu, deren »revolutionärer Charakter«

1 Diese Trennung arbeitet z.B. CHRISTIANE LEMKE nicht klar heraus. Sie vernachlässigt – lange Zeit für die westdeutsche DDR-Forschung charakteristisch – die machtpolitisch gesetzten normativen Bedingungen aller Handelnden. Ihr Ansatz ist insgesamt ahistorisch und wirkt »unpolitisch«; siehe CHRISTIANE LEMKE: *Die Ursachen des Umbruchs 1989. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR*. Opladen 1991. S. 262 ff.

ohnehin mit guten historischen Gründen in Frage gestellt wird. ›Antikolonialistische Revolutionen‹ verändern ihr Bild deutlich, so man sie *sub specie* der Inkorporationsprozesse des ›Weltsystems‹, der Herausbildung der sogenannten ›Semiperipherien‹ und dem Zerfall der Imperialmächte interpretiert, die eher aus Veränderungen der Machtbalancen in der sich globalisierenden Weltwirtschaft und der inneren Machtstrukturen in den politisch-ökonomischen ›Zentren‹ selbst zu erklären sind. In den politisch-ökonomischen Diskursen über den Charakter des heutigen Weltsystems und seiner Entstehung und Entwicklung ist der Begriff ›Revolution‹ als *untauglich* anathematisiert.² Es geht ... darum, sich selbst Gewißheit über die Problematik eines *zentralen historiographisch-gesellschaftswissenschaftlichen Begriffes* zu verschaffen, welcher in *relativ kurzer Zeit* mehrfach in widersprüchlicher Weise grundlegende Akzeptanz bzw. Ablehnung erfahren hat und dessen *Realitätsgehalt* umstritten ist. Dabei ist nun zu berücksichtigen, daß eine gewisse *Parallelität* des Akzeptanzwandels der historiographisch-gesellschaftswissenschaftlichen Kategorie ›Revolution‹ mit dem *Wandel der Dominanz (tages)- politischer Diskurse* in unserer Gesellschaft auffällig ist, die es anzunehmen erlaubt, daß weniger der *innerwissenschaftliche Fortschritt* die ›Moden‹ des Begriffsgebrauches prägt, sondern eher *vorwissenschaftliche politisch-gesellschaftliche Optionen und Einstellungen*, die sich in Folge des politischen Wandels in Europa – und darüber hinaus – deutlich erkennbar verändert haben.«³

Wenn man davon ausgeht, daß Revolutionen auf Verbesserung der ›heutigen‹ Lebenssituation gerichtet sind, also Veränderungen im ›Morgen‹ bewirken sollen, dann trifft dies zwar auch auf Polen 1980 zu, gilt aber nur begrenzt. Die *Ereignisse*, die mit der Gründung der Solidarnosc im September 1980 ihren Abschluß fanden, waren entscheidende prinzipielle Veränderungen im europäischen Maßstab. Sie waren zugleich aber am ›Gestern‹ orientiert und reproduzierten historische Verhaltensweisen der polnischen Nation.⁴

2 Es gab in Polen seitens der Partei und marxistischer Wissenschaftler Ansätze, die Phase 1945/48 offiziell als Revolution zu bezeichnen. Andererseits vermieden es viele Didaktiker und Wissenschaftler, den Begriff zu benutzen. Man hat möglicherweise versucht, den Begriff ›Revolution‹ durchzusetzen zur Legitimierung der auf der Verfügung über das physische Gewaltmonopol beruhenden Akte der Machtübernahme.

3 GERHARD VOIGT: Abschied von der Revolution? Diskussion über einen ›untauglichen‹ Begriff. In: *PUA, Heft 1/2/1997*. S. 94–100.

4 Siehe LOTHAR NETTELMANN: *Polnische Intellektuelle und Arbeiter 1980/81*. Hannover 1997. S. 319f. Die Buchfassung stellt eine erweiterte und überarbeitete Fassung einer Dissertation dar, die 1996 an der Universität Hannover angenommen wurde.

Zunächst waren die Ansätze im doppelten Sinne konservativ. Ziel war u. a. eine Wiedereinführung des durch polnische Traditionen bestimmten Wertesystems wie z. B. der sich in dieser Tradition befindlichen Werte wie Familie und Kirche⁵, die man als bedroht ansah und deren Bewahrung bzw. Zurückversetzung in die frühere Rolle und Machtposition – bezogen auf die Kirche – vielfach gefordert wurde.⁶ Dieser Aspekt darf aber keinesfalls überbewertet werden.

Diese konservative Komponente hat im ideologischen Sinne eine vergleichbare Funktion wie in gegenwärtigen sozio-ökonomischen Veränderungsprozessen westlicher Gesellschaften. Man denke z. B. an die zunehmende Dominanz neoliberaler Entwicklungen in der westlichen Welt seit dem Ende der siebziger (USA/GB) und dem Beginn der achtziger Jahre (BRD) und die versuchte Instrumentalisierung traditioneller Positionen als konservative Werte. Geht diese Phase in Europa ihrem Ende entgegen, so lassen sich in einigen Bundesstaaten der USA z. Zt. anachronistische Entwicklungen in der Gesetzgebung feststellen.

Zielen wie z. B. die ›Bewahrung der Umwelt‹ wurde dagegen kein besonderer Stellenwert zugeordnet. Die dem traditionellen westeuropäischen Konservatismus immanenten Schlüsselbegriffe ›Tradition‹ und ›Natur‹ hatten keine paradigmatische Funktion.⁷ Es galt z. B. nicht, die im Realsozialismus sträflich vernachlässigte Natur zu retten. In diesem Beispiel wird deutlich, daß sich Selbstverständnisse in den Gesellschaften der beiden Machtblöcke auf Grund unterschiedlicher Selbstwahrnehmung sowie nicht erfolgter gegenseitiger Wahrnehmung – dies gilt auch in hohem Maße für Intellektuelle – ohne direkte Bezüge zueinander entwickeln konnten. Die Wertschätzung der Natur, die Bedeutungswahrnehmung ökologischer Fragestellungen, erfolgte in Polen bis jetzt in geringem Maße und mit zeitlicher Verzögerung gegenüber Westeuropa.

Ein weiteres Problem ist, daß ein *konservatives* System sich durchaus als *fortschrittlich* definieren kann oder dieses zumindest versucht – es realiter aber nicht ist.⁸ Insofern ist es sehr problematisch, einen westlichen

5 Die Familie und die Kirche boten Schutz und Geborgenheit. Insbesondere die Familie hatte die Funktion als tradierte gesellschaftliche Überlebenseinheit inne.

6 Man vergleiche z. B. den Katalog der Forderungen in Danzig im August 1980; siehe LOTHAR NETTELMANN: *ODNOWA – Der Versuch einer Erneuerung 1980–1981 (Dokumentation)*. Dortmund 1982. S. 29.

7 Siehe ANTHONY GIDDENS: *Jenseits von Links und Rechts. Edition Zweite Moderne*. Frankfurt am Main 1997; siehe insbesondere die Einleitung und Kap. II.

8 Man denke an die Selbstdarstellungen von FRANZ JOSEF STRAUSS und der CSU: »an der Spitze des Fortschritts«.

Fortschrittsbegriff zu übernehmen. Es findet in einem komplexen System ein Wechsel belegter Begriffe statt. Der ›westliche‹ wie der realsozialistische *Fortschrittsbegriff* sind nicht übernehmbar. Entsprechendes gilt für den Begriff des *Konservatismus*.⁹

Wesentliches Ziel war 1980 unbestritten eine verbesserte *Versorgung*, die aufgrund der damaligen Bedingungen letztlich nur über die Erhöhung der Warenproduktion in den technologisch völlig veralteten und die Umwelt erheblich belastenden Betrieben zu erreichen war, zudem eine gerechtere *Verteilung* der Konsumgüter. Die Produktionsweise, in die die Arbeiter selbst involviert waren, wurde deshalb nicht in Frage gestellt. Daran ändert auch der Sachverhalt nichts, daß im Sommer und Herbst 1980 hier und da als Folge von Streiks einige ›unbeliebte‹ oder als korrupt geltende Betriebsdirektoren abgelöst wurden. Es waren oftmals symbolische Akte mit der Funktion politischer Ersatzhandlungen. Über die Qualitäten als Betriebsdirektoren war die Belegschaft in der Regel außerstande zu urteilen. Außerdem zeichnete sich der Erfolg eines Managers dadurch aus, daß Produktionssteigerungen und Effizienz in einem kostenorientierten System über Rationalisierungsmechanismen erreicht werden, die mit Personalabbau verbunden sind. Diese Zusammenhänge waren zweifellos den Handelnden bekannt, wenn auch in ihrer Tragweite den Arbeitern nicht völlig bewußt. Diese Konsequenzen haben die Arbeiter der Danziger Werft (vormals: Lenin-Werft) bis zu ihrer Schließung im Jahre 1997 verhindert. Arbeiter wie Gewerkschaften forderten in der Regel Subventionen durch den Staat. Es handelte sich in der Phase der *Ereignisse* primär nicht darum, ›unfähige‹ Direktoren abzulösen. Das ist wesentlich eine Legende, keinesfalls aber Teil ›revolutionärer Akte‹. Oftmals waren betriebswirtschaftlich qualifizierte Experten Ziel der Angriffe, die sich (nach dem 1. 9. 1980) den jeweiligen Solidarnosc-Funktionären nicht unterwerfen wollten.

Etwas anderes zu bewahren bzw. wieder herzustellen, wurde gefordert: die praktisch spürbaren, erfahrbaren Ergebnisse des Sozialismus, die den Arbeitern in den siebziger Jahren, der GIEREK-Ära, gewisse positive Ergebnisse und einen bescheidenen Lebensstandard beschert hatten. Eine Ironie der Geschichte?

Das Ziel der *Ereignisse des August 1980* ist kein ›Bewahren‹ im Sinne wertkonservativen Verständnisses. Es ist ein ›Erhalten-wollen‹ eines gesellschaftlichen *Haben-Niveaus*, damit letztlich die Wiederherbeiführung des ökonomisch Unmöglichen. GIEREKs Politik war zunächst Anfang der sieb-

9 Siehe die Reflexionen von GERHARD VOIGT: *Abschied von der Revolution?*

ziger Jahre durch Versprechungen und gewisse Erfolge gekennzeichnet. Die Basis war dabei aber wesentlich eine Finanzierung durch westliche Kredite. Die Bevölkerung glaubte der Regierung nun nicht mehr – zu Recht. Das Problem bestand darin, daß eine Situation eintrat, die die Realitäten der Ökonomie gegen Ende der siebziger Jahre nicht mehr vertuschen ließ und Antworten sowie Offenbarungen erzwang, die die Politiker zu geben nicht bereit bzw. in der Lage waren.

Die Problematik verdeutlicht z. B. ANTHONY GIDDENS dadurch, daß er anführt, in der zusammenbrechenden SU taten die Arbeiter so, als ob sie arbeiteten und die Regierung tat so, als ob sie sie bezahlte. Andererseits tun aber auch in Westeuropa die Politiker so, als ob sie eine entscheidende Wende zu Besserem herbeiführen könnten und wir tun so, als ob wir es ihnen glaubten.¹⁰

Dieser Spannungszustand hielt an bis zum Dezember 1981. Dann wurde er durch Verhängung des Kriegszustandes eingefroren. Vergleichbare Versprechungen für die Zukunft, wie beispielsweise 1956 und 1970, wurden seitens der Regierenden 1980 nicht mehr gemacht. Die Löhne und andere Forderungen der Solidarnosc wurden – für jedermann transparent – durch frisch gedruckte Geldscheine beglichen.

Nun ist es zweifellos berechtigt, zu sagen, daß die Forderungen der Solidarnosc einen revolutionären Gehalt hatten. Die Frage, ob es sich um eine Revolution handelt, ist mit dem tradierten historiographischen Instrumentarium nicht beantwortbar; auch nicht mit Einschub des Gedankens, daß das Ziel der Arbeiter und Intellektuellen letztlich eine gravierende politische Änderung, eine ›Umwälzung‹ war.¹¹ Auch in diesem Zusammenhang sind erhebliche Legendenbildungen erfolgt.¹² Auch der mit der Politik MICHAEL GORBATSCHOWS verbundene Begriff der Perestroika (Umbau) greift nicht. Der Begriff ist aber durchaus in Kreisen des Reformflügels der PVAP diskutiert worden. Man findet ihn u. a. bei RAKOWSKI. Allerdings wurde dieser Gruppe die Machtpartizipation lange vorenthalten. Ihr wurde erst die

10 Siehe ANTHONY GIDDENS: *Jenseits von Links und Rechts*.

11 LOTHAR NETTELMANN: *Polnische Intellektuelle und Arbeiter 1980/81*. S. 247ff.

12 Man vergleiche auch die Legendenbildung im Zusammenhang mit den Montagsdemonstrationen in Leipzig, die zweifellos erheblich zum Fall der Mauer und zur Beendigung des DDR-Regimes beigetragen haben. Die mangelnde Auseinandersetzung mit der DDR-Gesellschaft, die unzureichende Erforschung der gesamten deutschen Nachkriegsgeschichte, legen die Vermutung nahe, daß die Zeit dafür gegenwärtig noch nicht reif ist. Das bedeutet, daß es vielfältige Interessen gibt, die dem entgegenstehen und stattdessen der Legendenbildung Vorschub leisten. Die Legendenbildung kann möglicherweise als wichtiger Hinweis gelten für das Nichtvorliegen einer wirklichen Revolution.

Macht übertragen, als die Partei ihrem Ende zuzuging (ab 1987) und es sich wesentlich darum handelte, den Konkurs von Partei und sozialistischem Staat abzuwickeln. RAKOWSKI, der Exponent dieser Gruppe, beschreibt es selbst.¹³ Man erinnere sich in diesem Zusammenhang, daß die Solidarnosc am Ende der achtziger Jahre als Organisation weitgehend handlungsunfähig war. Sie ist zwar durch den Papstbesuch 1988 nachhaltig aus ihrer Agonie ›aufgerüttelt‹ und neu motiviert worden,¹⁴ war aber nicht in der Lage, aus eigenem Antrieb eine Wende herbeizuführen. Von Revolution kann man deshalb, bezogen auf den Sommer 1989, nicht sprechen. Es handelte sich – Gottseidank – um eine friedliche Übergabe der Macht. Jedermann hatte in Polen erkannt, daß der Realsozialismus sein historisches Ende gefunden hatte.

Ein weiterer Gedanke, der die pro- oder contra-Position stärken kann, ist die Tabuisierung der Begriffe aus der realsozialistischen Zeit: PZPR (PVAP) und PRL (VRP) werden vermieden, ähnlich der Wegdrängung des DDR-Kürzels. Lediglich das Kürzel SED verbleibt in Deutschland als Symbol zur Negativ-Charakterisierung bzw. Stigmatisierung. Letztlich wird der Systemgegensatz ausgelöscht. Man aberkennt dem Gesamtsystem rückwirkend seine Berechtigung und beläßt es bei der Negativdeskription seiner Subsysteme. Der Revolutionsbegriff erübrigt sich damit zur Kennzeichnung des Vorgangs. Seine Verwendung würde der sprachlichen Abwertung konträr laufen.

Eine Ebene, über die man ebenfalls diskutieren könnte, wäre, inwieweit es sich seitens der Solidarnosc um eine Modernisierungsbewegung handelt, die – wenn ›Modernisierung‹ ein heutiges Synonym für qualitative und in die Zukunft gerichtete Veränderungen darstellt – durchaus in entsprechender Weise zur Beantwortung der Frage beitragen könnte. Es gibt viele Belege für diese These. MELANIE TATUR hat sie zusammengetragen.¹⁵ Die Lücke, die sie hinterläßt, ist die Frage nach der Kompatibilität mit den in den USA entwickelten Modernisierungstheorien. Deren Rezeption ist in den achtziger Jahren u. a. durch ANTON STERBLING erfolgt.¹⁶ STERBLING be-

13 MIECZYSLAW RAKOWSKI: *Es begann in Polen. Der Anfang vom Ende des Ostblocks*. Hamburg 1995.

14 Der Papst wies in seiner Rede in Danzig mehrfach auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit der *Solidarität* hin.

15 MELANIE TATUR: *Solidarnosc als Modernisierungsbewegung. Sozialstruktur und Konflikt in Polen*. Frankfurt/M. 1989.

16 ANTON STERBLING: *Eliten im Modernisierungsprozeß*. Diss., Universität der Bundeswehr. Hamburg 1987.

schäftigt sich als Modernisierungstheoretiker auch mit Südosteuropa. Er hat bisher nicht versucht, die Theorie speziell auf Polen zu übertragen.

Es ist hinzuzufügen, daß die Modernisierungstheorien wesentlich über ökonomische (betriebswirtschaftliche) Ansätze definiert sind und gesellschaftlich-historische, nations- oder ethnospesifische Ansätze außer acht gelassen werden. Eine Auseinandersetzung mit diesem Theoriedesign kann an dieser Stelle nicht erfolgen. Eine Skepsis betreffend einer möglichen Übertragbarkeit auf osteuropäische Problemlagen soll aber geäußert werden. Es ist ein Problem, eine Theorie, mit der man sich beschäftigt hat und für die man ggf. als Spezialist gilt, auf komplexe Situationen übertragen zu wollen. Die Gefahr besteht insbesondere darin, ein *Passepartout* anlegen zu wollen und dabei den Blick für die eigentliche Genese zu verlieren. Diese Ansätze z. B. aus der Modernisierungs- wie aus der Systemtheorie¹⁷ werden der Komplexität gesellschaftlicher Entwicklungen nicht gerecht.

Die generelle Frage nach der Modernisierung könnte die These bezüglich des revolutionären Charakters stützen. Sie greift aber zu kurz. Die Solidarnosc war wesentlich am ›Heute‹ interessiert. Sie hatte keine klaren Reformvorstellungen, keine konsensfähige Konzeption und war nicht an einer herbeizuführenden, zu steuernden und zu gestaltenden Entwicklung des ›Morgen‹ orientiert. Letzteres würde der Prozeß der Modernisierung implizieren. Erschwert ist das Problem dadurch, daß die Modernisierungstheoretiker nicht von gestaltenden Institutionen ausgehen, also auch nicht vom Staat insgesamt. Es ist also notwendig, die Kriterien zu erörtern, die notwendig wären um in diesem Ansatz die These von einer Revolution nachhaltig stabilisieren zu können.

Hierbei stellt sich auch die Grundsatzfrage nach einer generellen Reformierbarkeit entwickelter Gesellschaften, dem Konzipieren und Durchsetzen von Reformen, der Gestaltung von Reformpolitik. Es ist zweifellos eine Gedankenführung, die gegen Ende der siebziger Jahre, dem Ende des Keynesianismus in der westlichen Welt, ihre Überzeugungskraft eingebüßt hat. Die Frage nach der Reformierbarkeit eines Systems ist somit auch von

17 Der Begriff des *Systems* sollte möglichst vermieden werden, weil dieser durch Theoretiker wie TALCOTT PARSONS oder NIKLAS LUHMANN belegt ist. Außerdem war er ein Kampfbegriff der Rechten in den politischen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik, wenn auch letzteres weitgehend aus dem kollektiven Gedächtnis verschwunden ist. Man sprach z.B. im Westen vom *sowjetischen System*, vermied den Begriff aber als Selbstprojektion. Nur die Linke sprach vom *kapitalistischen System*; offiziell betonte man den Begriff Marktwirtschaft. In Formulierungen mit plakativen Charakter kann aber kaum auf ihn verzichtet werden.

dieser prinzipiellen wirtschaftspolitischen wie wissenschaftstheoretischen Fragestellung tangiert und gegebenenfalls abzukoppeln.¹⁸

Wenn Reformen zielorientiertes Handeln unter Beachtung des Legalitätsprinzips zum Gegenstand haben und am Ende als Ziel durchaus eine prinzipielle qualitative Veränderung steht, dann ist für eine Revolution, soweit man diese an den Geschehnissen der jüngeren Geschichte ableiten kann [Frankreich 1789; Rußland 1917 oder der Endphase des Wilhelminischen Deutschlands 1918], eine prinzipielle oder weitgehende Umwälzung des Machtgefüges einer Gesellschaft zwingend gegeben.

Es ist ein Allgemeinplatz der Geschichte als historischer Sozialwissenschaft, daß Prozesse und Balancen den Ablauf der Geschichte bestimmen und strukturieren, mit der notwendigen Folge, daß das Prinzip des Struktur-erhalts, die Kontinuität in der Geschichte, in bestimmten ›stabilen‹ historischen Phasen und Konstellationen¹⁹ dominiert, während andere historische Abschnitte gekennzeichnet sind durch beschleunigten politischen und sozialen Wandel, durch Diskontinuitäten und vor allem irreversible Verschiebungen von Machtbalancen.²⁰ Hier nähert sich die Beschreibung dem an, was allgemein als ›Revolution‹ bezeichnet wird. Und genau diese Irreversibilität der Veränderung der Herrschaftsverhältnisse steht auch begrifflich hinter dem auf Klassenherrschaft und seine Ablösung im Klassenkampf ge-arteten marxistischen Revolutionsbegriff.

Im Sinne der prozeßorientierten gesellschaftswissenschaftlichen Vorstellung, daß sich Gesellschaft in *Balancen* und *Interdependenzen* zwischen machtstärkeren und machtschwächeren Gruppen ausdrückt und verwirklicht, ist es nur selbstverständlich, daß Revolutionen nicht nur zu Machtverschiebungen zwischen *Gegnern* in der Gesellschaft führen, sondern daß sie auch auf der kulturellen Ebene ambivalent konnotiert sind. Vor allem auch die *kulturelle Folie* der Fortschritts- und Modernisierungsvorstellungen ist sozial uneinheitlich verankert und wird durch permanente Unter- und Gegenströmungen in Frage gestellt, was sich seit dem 19. Jahrhundert als *Kultur- und Zivilisationskritik* äußert, literarisch umfangreich repräsentiert ist.

18 Siehe LOTHAR NETTELMANN: *Polnische Intellektuelle und Arbeiter 1980/81*. S. 193 ff.

19 Eine inhaltliche Analyse wird zeigen, daß diese ›Stabilität‹ vor allem mit dem soziologischen Instrumentarium der Analyse von *Herrschaftsprozessen* und mit *systemtheoretischen Ansätzen* z.B. unter dem Aspekt der Institutionalisierung von Machtbeziehungen oder der modernen Herausbildung von *Staatsgesellschaften* zu fassen sein wird.

20 Siehe HANS TRÜMPY: *Kontinuität – Diskontinuität in den Geisteswissenschaften*. Darmstadt 1973. Darin besonders bezeichnend: CHRISTIAN MEIER: *Kontinuität – Diskontinuität im Übergang von der Antike zum Mittelalter*. Ebd. S. 53–94.

Insofern könnten Forschungen unter kulturwissenschaftlicher Fragestellung zur Aufhellung beitragen.

Die Legitimität politischen Handelns wird von Etablierten zumeist anders eingeschätzt als von Außenseitern, von der Macht nahestehenden und gegebenenfalls in die Ausübung involvierten anders als den ferner stehenden. Insofern ist die Frage der Legitimität für eine Definition wiederum problematisch.

Auch diese Zielbestimmung könnte für die Intellektuellen und Arbeiter gelten. Die Tatsache des Nichtformulierens dieses Sachverhalts – einer revolutionären Umwälzung als konkretes Ziel – könnte mit einer Art ›Gedankenvorbehalt‹ (*Reservatio mentalis*) erklärt und begründet werden. Auch das Nichtgesagte könnte somit darauf hindeuten und die These eines revolutionären Vorgangs stützen.

Folgende Fragen sind in diesem Zusammenhang aufzuwerfen:²¹

- Was wurde offiziell und öffentlich nicht formuliert?
- Was war strittig und somit dessen bewußte Vermeidung oder auch gewollte Verhinderung Ausdruck und Folge kontroverser Diskussionsprozesse?

Untersuchungen dazu sind in Polen nicht erfolgt. Man vermeidet die Erforschung der eigenen Gruppe, des ›Selbst‹. Es ist zu vermuten, daß durch die Reproduktion tradiertter Verhaltensweisen sich die Frage konkret nicht in dieser Weise gestellt hat. Dieser Ansatz ist über Mechanismen und Prinzipien der Untergrundgesellschaft erklärbar.

Zwei Ansätze fehlen: *Erstens*: Die für eine *levée en masse* notwendigen und Gewaltakte einschließenden charakteristischen Aktionen, die durch spontane und/oder kurzfristige Eruptionen gekennzeichnet sind. Dieses ist nicht geschehen. Die Gründe dafür sind gesellschaftshistorisch ableitbar. Die Breite der (Streik)-Bewegung stellt eine andere Kategorie dar.

An Beispielen für Versuche, aus der (provokativen) Steigerung von Spannungszuständen heraus Gewaltakte zu initiieren, hat es nicht gefehlt. Versuche dazu sind sowohl für radikale Solidarnosc-Vertreter wie auch für Staatsorgane belegt. Sie haben, soweit sie erfolgt sind, zumeist Gegenbewegungen hervorgerufen und nicht die intendierte Resonanz bewirkt. Zu nennen sind das zumeist sehr disziplinierte Verhalten der Belegschaften, aber auch der insgesamt dämpfend und disziplinierend wirkende Einfluß kirchlicher Organe.

21 Sie beziehen sich auf die in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wirkenden Intellektuellenzirkel und die von ihnen gegründeten Arbeiterräte.

Zweitens: Es fehlte der Wille und die Fähigkeit einer bereitstehenden und potentiell neuen Elite, die die Macht zu übernehmen gewillt und in der Lage gewesen wäre, d. h. über Gestaltungs- und Durchsetzungsfähigkeit verfügt hätte. Auch dieses war im August 1980 nicht gegeben. Inwieweit in dem hoch dynamischen Prozeß der Bildung der Solidarnosc nach dem 1. September 1980 und ihren vielfältigen, z. T. widersprüchlichen und schwer zu erklärenden Aktionen sich entsprechende Voraussetzungen hätten herausbilden können, ist fraglich und schwer bestimmbar. Dies hängt mit der Heterogenität dieser Gewerkschaft als Bewegung der gesamten Gesellschaft zusammen. Der Sachverhalt ist wesentlich ableitbar über die begrenzte Fähigkeit der Herbeiführung einer Konsolidierung innerhalb der Intellektuellen, einer Kompromißunfähigkeit für divergente Ziele und letztlich die Unfähigkeit, ein schlagkräftiges Potential zu bilden. Damit verbunden sind zweifellos auch die Neigung polnischer Intellektueller, in Nationsutopien zu denken. Utopiedenken drückt oftmals die Zugehörigkeit zu machtarmen und machtfernen Gruppen aus und ist für diese charakteristisch. Für Polen bedeutet es die Genese aus dem verarmten bzw. ökonomisch erfolglosen Kleinadel, dem der Zugang zur Machtelite bzw. die Bildung einer solchen (durch die Teilmächte) versperrt war und der sich als machtrelevante Gruppe nie mehr konsolidieren konnte.

Dieser Zusammenhang ist insgesamt über die Genese und die Habitusentwicklung der polnischen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts gesellschaftshistorisch ableitbar. Ihre Heterogenität verhindert koordiniertes Handeln und ermöglicht keine wesentlich spontanen Aktionen, die kumulieren können. Zielorientiertes Handeln, verbunden mit einer Langzeitorientierung, war und ist unter den vorliegenden Prämissen nicht möglich.²²

Die Fragestellung läßt den Vergleich mit der deutschen und französischen Gesellschaftsentwicklung zu. Wesentlicher Aspekt für die französische Gesellschaft des 18. Jahrhunderts war die Ausprägung der Hierarchisierung zwischen Adel und Bürgertum. Folge war eine zunehmende Vertikalisierung der Gesellschaft. Diese zeichnete sich durch eine Erhöhung des gesellschaftlichen Spannungsniveaus aus. Die bekannte Folge war die 1789 begonnene Revolution, ein Vorgang der letztlich erst am Ende des 19. Jahrhunderts durch entsprechende verfassungsrechtliche Umsetzungen abgeschlossen war.

22 Vielleicht läßt sich damit andererseits der relativ dynamische und erfolgversprechende Übergang der polnischen Gesellschaft im gegenwärtigen ökonomischen Transformations- und Modernisierungsprozeß erklären. Die innere Dynamik des Kapitalismus entfaltet sich ungehemmt in spontanen Handlungen.

Im Deutschland des 18./19. Jahrhunderts hat sich das (vertikale) Spannungsniveau aufgrund der dezentralen Struktur dieses mitteleuropäischen Raumes und der föderalistischen Ansätze (vom Norddeutschen Bund bis zur Reichsgründung) nicht in entsprechender Weise herausgebildet. Das Spannungsniveau war geringer. Neben den gesellschaftlichen Spannungszuständen innerhalb der (deutschen) Staaten [z. B. Preußen, Sachsen, Hannover, Bayern] ergaben sich Konkurrenzen auch gegenüber den Gesellschaften der anderen Staaten. Die innerstaatlichen Spannungspotentiale konnten sich nur sehr begrenzt gegenseitig beeinflussen und additiv wirken. Sie »kompensierten« sich partiell aufgrund der innerstaatlichen Loyalitätsbeziehungen und beeinträchtigten die Ausbildung und Wirksamkeit von Solidaritätseffekten. Erst die Reichsgründung bietet die Voraussetzungen für die weitere Erhöhung und erhebliche Ausprägung gesellschaftlicher Spannungen.

Ein weiterer Aspekt sind schichtenspezifische Sprachelemente in den deutschen Regionen. Die Ausbildung einer zentralistischen Einheitssprache, ein Prozeß, der in Frankreich seit dem 16. Jahrhundert betrieben wurde, hat es vergleichbar in Deutschland nicht gegeben. In Polen ist dieser, bedingt durch die Teilungen, nicht erfolgt. Nach 1919, also nach der Reinkorporation des polnischen Staates, gab es zeitweilig fünf verschiedene Grammatiken für die polnische Sprache.

Die Konstruktion der kommunistisch/realsozialistisch verfaßten und zentralistisch regierten Staaten in Ostmitteleuropa begünstigte die Herausbildung vertikaler gesellschaftlicher Spannungen in spezifischer Weise. Sie resultierten aus dem ideologisch abgeleiteten Anspruch des Egalitarismus. Die Entmachtung der »alten« Eliten erfolgte bis zur kommunistischen Machtstabilisierung 1947/48 relativ schnell. Dieser Prozeß wurde überlagert durch die Herausbildung neuer Machtstrukturen, verbunden mit der Etablierung und Erstarrung im Stalinismus und erzeugte dadurch eine vertikale Spannungsbeziehung, die im Gegensatz stand zu den Aussagen der Partei- und Staatsdoktrin. Dieser nicht lösbare Widerspruch war wesentlicher Bestandteil aller ostmitteleuropäischen Gesellschaften. Eine Dynamik aufgrund demokratischer Legitimation wurde nie mehr erreicht – wohl auch niemals gewollt.

In der Sowjetunion wurde dieses Phänomen überlagert und in seiner Herrschaftspraxis abgemildert durch den (formal)-föderalistischen Aufbau des Staates sowie ethnische bzw. nationale Divergenzen in der Gesamtgesellschaft. Für Polen ist eine auf mehreren Ebenen erfolgende Dynamik und Problematik konstatierbar und insgesamt eine nennenswerte Abmil-

derung durch das System der ›Halbheiten‹ auf der Basis tradierter Habitusformen oder der ›Doppelgesellschaft‹²³. Möglicherweise hat die genannte Machtbalancierung die Implosion der Sowjetunion hinausgezögert – ein Vorgang, auf den in Ansätzen ebenfalls der Charakter der Revolution zutrifft. In Polen hat der Widerspruch erheblich als politische Komponente zum Auslösen der Steikaktionen von 1980 beigetragen. Für Polen läßt sich die skizzierte Mehrebenenproblematik noch durch folgende Ansätze erweitern:

- Der polnische Sprachraum war von der zweiten Hälfte des 18. bis zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verschiedenen Staatsgebilden zugeordnet.
- Die polnischen Eliten waren aufgrund der Teilungen ab 1772 nachhaltig entmachtet worden. Die Bildung von Mittelschichten wurde behindert und verzögert. Eine intellektuelle Elite konnte sich nur mit Einschränkungen reproduzieren.

Historische innergesellschaftliche Spannungsbeziehungen blieben (latent) vorhanden.²⁴

Zweifellos sind diese Aussagen und Thesen nicht widerspruchsfrei oder unstrittig. Charakteristisch ist aber – und das kann zugleich als wesentliches Indiz gelten – daß darüber seitens polnischer Wissenschaftler kaum geforscht wird und daß der Diskurs darüber in der polnischen Gesellschaft nicht geführt wird. Es ist zu beobachten, daß große Teile der Wissenschaft und der politischen Öffentlichkeit sich schwer damit tun, dieses Problem ›anzudenken‹. Vielleicht ist die Zeit noch nicht reif dafür. Man überdeckt stattdessen die genannte Problematik mit Legendenbildungen.

Eine Antworten versprechende Ebene kann die Untersuchung der Praxis der Ereignisse sein, die Vorstellungen, ihre Ziele, die Methoden der Vorgehensweise, also:

- Was hat man wie gesagt, geschrieben und durchgeführt?
- Gibt es andere Kategorien zur Kennzeichnung der Handlungsvorgänge, so daß indirekte Schlußfolgerungen möglich sind?

Wesentliche Antworten bekommen wir auf die Frage seitens der beteiligten

23 HELMUT WAGNER: *Die Doppelgesellschaft: Systemwandel in Polen*. Berlin 1981.

24 »Es ist schwer, bestimmte ›Umstürze‹ in der staatlichen und gesellschaftlichen Machtbalance mancher Länder zu charakterisieren, ohne auf die Begriffskategorie ›Revolution‹ zu rekurrieren. Dies verstärkt sich noch dadurch, daß die Protagonisten z.B. in Iran, die gesellschaftlichen Transformationen in ihren Ländern als ›Revolution‹ verstehen, auch wenn sie sich *dezidiert* vom marxistischen *Revolutionsverständnis* und vom *marxistischen ›revolutionären Klassenbewußtsein‹* absetzen.«

Intellektuellen und Arbeiter selbst. Charakteristisch ist, daß z. B. eine tragende Gruppe, die alle Ebenen einer Untergrundorganisation erfüllte, das KOR, 1976 zur *Verteidigung der Rechte der Arbeiter* gegründet wurde. Seine Mitglieder wollten mit rechtsstaatlichen Mitteln und damit – zumindest temporär – *im System* wirken.²⁵ Wichtig ist auch die Miteinbeziehung der nicht steuerbaren Prozeßdynamik, die es erheblich erschwerte, die Frage hinreichend zu klären.

Die Arbeiter betreffend, kann zunächst generell gesagt werden, daß sie in hohem Maße »unpolitisch« waren – in anderem Sinne aber nicht – und primär wesentlich eine Verbesserung ihres Lebensstandards [Versorgung mit Konsumgütern, Wohnungen etc.] herbeizuführen wünschten und sich mit Lohnerhöhungen zufrieden gegeben hätten. Insofern kann der Gegenstand Anlaß geben, auch über den Begriff des *Politischen* Zugang zu finden zur Frage: Revolution – ja oder nein? Vielleicht muß ein neuer Terminus²⁶ gefunden werden für das, was im polnischen Sommer 1980 geschehen ist. Er muß das »typisch Polnische« als Nationspezifikum einschließen. Die Arbeiter und Intellektuellen stellten keinesfalls ein revolutionäres Potential im Marxschen Sinne dar – auf polnische Weise waren sie dennoch revolutionär.

Es ist andererseits zu fragen, warum Fragestellungen nach dem Vorliegen *revolutionärer Akte* oder auch *Reformen* an Bedeutung und Forschungsinteresse verloren haben. Dies kann damit zusammenhängen, daß der Begriff der Revolution abgenutzt ist und insbesondere durch die versuchte Belegung durch die Träger marxistisch-leninistischer Wissenschaft und Ideologie – verbunden mit dem Anspruch auf Ausschließlichkeitscharakter bzw. Definitionsmonopol einerseits und politischer Zielbestimmung andererseits – diskreditiert, inadäquat und obsolet geworden ist. Entsprechendes gilt für den Bedeutungsverlust des Reformbegriffs im Theoriciansatz wie als gesellschaftspolitisches Ziel. Beide Begriffe, an denen sich eine lange Zeit politische Überzeugungen wie Zielprojektionen festmachen ließen, haben auf keinen Fall ihren chiliastischen Anspruch er-

25 Zweifellos enthielt das Vorgehen den Ansatz einer Systemdehnung, im Endpunkt auch eine Systemüberschreitung. Rechtsstaatlichkeit durch Abbau der Inkohärenz als Ziel. Siehe: LOTHAR NETTELMANN/GERHARD VOIGT: *Polen – Nation ohne Ausweg?* München 1986. S. 90ff. Auch dieser Ansatz ist unter dem Aspekt der Semiperipherie neu einzuordnen angesichts der sich in Osteuropa herausbildende separate Machtzentren.

26 Bisher wird der unspezifisch-deskriptive Begriff der *Ereignisse* verwendet. Der Begriff der *Erneuerung (Odnowa)* ist ebenfalls problematisch. Siehe LOTHAR NETTELMANN: *Polnische Intellektuelle und Arbeiter 1980/81*. S. 43.

füllt. Eine Erforschung des *wissenssoziologischen Ansatzes*²⁷, der Träger und Produzenten des *Distanzierungs*wissens, könnte sich aber als fruchtbar erweisen. Ebenso müßte ein wissenschaftssoziologischer Ansatz Gegenstand von Untersuchungen sein: die Entwicklung der sozialwissenschaftlichen Disziplinen in Bezug auf den genannten Kontext.

Zugleich mit dem nahezu völligen Verblässen der Anspruchsformulierung auf Durchführung von Revolutionen in Europa seitens machtarmer intellektueller Eliten, das seinen Ausdruck findet durch die Selbstauflösung entsprechender Parteien und Gruppen, ist seit dem Ende der siebziger Jahre eine erhebliche Anspruchsreduzierung auf Reformen²⁸ festzustellen, abgesehen von kleineren intellektuellen Zirkeln, die in sozialdemokratisch/sozialistischen oder grün/alternativen Parteien und Gruppierungen verblieben sind – das Ende des Sozialismus, der Beginn der Zweiten Moderne? Im Kontext dazu verringerte sich das wissenschaftliche Interesse entsprechender Fragestellungen, hier symbolisiert durch die Bedeutungsreduktion marxistisch orientierter Wissenschaften bis hin zur Kritischen Theorie. Die modernen Wissenschaften haben die Fragestellung überlagert durch den Positivismus, Modernisierungstheorien, die Systemtheorie, die Ethno-methodologie und insbesondere die Zivilisationstheorie.²⁹

27 Eine gute Darstellung einer Theorie der Wissenssoziologie ist: P.L. BERGER/TH. LUCKMANN: *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*. Frankfurt/M. 1980.

28 Siehe oben. Eine seit dem Ende der achtziger Jahre beobachtbare versuchte Umwertung und Neubelegung des *Reform*begriffes bezieht sich z.B. auf die Definition der Transformationsprozesse ostmitteleuropäischer Regionen als »*Reformländer*«.

29 Es handelt sich um einen hochkomplexen Vorgang, der aus der Sicht der *machtstärkeren* Oberschichten als *Machtmittel* und *Mittel gesellschaftlicher Integration und Homogenisierung* benutzt wird und sich funktional in Prozessen der *Erlernung* und der *Verfestigung* von Verhaltensformen äußert, von *machtschwächeren Gruppen* auch als Chance des *Aufstieges* oder der *Machtpartizipation* begriffen werden kann, wie dies ELIAS am Beispiel der Beziehungen zwischen der höfischen Elite und dem aufsteigenden Bürgertum in Frankreich dargestellt hat. Als zentrale Momente dieses Prozesses sind zu nennen, die »Durchsickerung« zivilisatorischer Normen (exemplifiziert an den »höfischen Verhaltensweisen«), die zunehmende gesellschaftliche und machstrukturelle Differenzierung und Fraktionierung, die das Ziel machtpolitischer Integration und Homogenisierung virulent werden läßt – in Europa verbunden mit dem Prozeß der Herausbildung der modernen Staatsgesellschaften –, die Zunahme der Bevölkerungsdichte, die die Formalisierung und Institutionalisierung gesellschaftlicher Kommunikations- und Interaktionsbeziehungen fordert – Grundprinzip auch der Verrechtlichung der mitteleuropäischen Gesellschaften – und schließlich die Herausbildung des Habitus des »modernen Staatsbürger« – was in anderen theoretischen Kontexten als *Verbürgerlichungsthe*se auftritt. Siehe NORBERT ELIAS: *Die höfische Gesellschaft*. Frankfurt/M. 1990 und ders.: *Über den Prozeß der Zivilisation*. Bd. I u. II. Frankfurt/M. 1993.

Die Zusammenführung der Ansätze ist möglich unter folgenden Gesichtspunkten:

1. Der *Revolutionsbegriff* wird unter Ausblendung marxistischer Ansätze³⁰ reduziert auf den Kerngehalt gravierender und prinzipieller Verschiebungen der Machtbalancen, d. h. unter Ausblendung des *finalistischen* und *chiliasmatischen Charakters* als *politischem Konzept*.
2. Die Deskription eines Vorgangs aus der Sicht der Handelnden muß die kurzzeitigen, aus der Alltagssituation entstehenden Ziele vernachlässigen und sich im konkreten Falle auf Zielorientierung der temporären machtarmlen intellektuellen Eliten beziehen, die den Übergang zur Machtpartizipation und letztlich die beherrschende Machtverfügung anstrebt.

Mag die (klassische) Fragestellung nach *Revolution* oder *Reformen* überholt sein, der Kern der Problematik wird sicherlich weiterhin Gegenstand des wissenschaftlichen Diskurses sein, gegebenenfalls unter variierten Fragestellungen. Vermutlich werden Sozialwissenschaftler/innen auf diese Begriffe aufgrund der analytischen Schwäche verzichten wollen. Der Begriff ist als analytische Kategorie nicht verwendbar, er kann aber durchaus weiterhin der Historiographie dienen. Für einen prozeß-soziologischen Ansatz kann er akzeptiert werden als Grenzform einer Verschiebung von Machtbalancen in Figurationen.

Gegenwärtig umgehen die Gesellschaftswissenschaften das Problem.³¹ In der Geschichtsforschung³² wird der *Revolutionsbegriff* in den meisten methodischen Ansätzen vermutlich seinen festen Platz behalten zur Deskription abgeschlossener gesellschaftlicher Abläufe, insofern es sich um *irreversible strukturelle Verschiebungen in den grundlegenden Machtbalancen einer Gesellschaft* handelt, die sich in allen Bereichen der Gesellschaft ausdrücken und sowohl politische Herrschaft ablösen, gesellschaftliche Figurationen neu konstituieren als auch den zivilisatorischen

30 Die Einbeziehung des Marxschen Ansatzes würde möglicherweise auf eine undifferenzierte Modelldarstellung kommunistischer Herrschaft der fünfziger Jahre hinauslaufen. Dieses muß vermieden werden.

31 Eine Erforschung des wissenssoziologischen Ansatzes könnte sich als fruchtbar erweisen: der Träger und Produzenten des Distanzierungs-wissens. Ebenfalls müßte ein wissenschaftssoziologischer Ansatz Gegenstand sein. Die Entwicklung der Wissenschaften in Bezug auf den genannten Kontext.

32 Einen guten Überblick gibt REINHART KOSELLEK: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. 3. Aufl. Frankfurt/M. 1995.

Habitus der gesellschaftlichen Gruppen langfristig und nachhaltig beeinflussen.

Eine generelle Beantwortung der Fragestellung ist ohne spezifische Zuordnung zu den Bezugsebenen und methodischen Ansätzen nicht möglich.

Auf der Ebene des Alltagsverhaltens muß man ihn für das Jahr 1980 vordergründig verneinen, in einer Langzeitbetrachtung der polnischen Gesellschaftsgeschichte ist er anwendbar. Als Desiderat bzw. Zielprojektion behält der *Revolutions*begriff durchaus seine Überzeugungskraft und Berechtigung bei. Mag die Beherrschung des Austragens gesellschaftlicher Spannungen mehr und mehr erlernt worden sein, die Spannungsdynamik in den europäischen Gesellschaften bleibt sichtbar gegeben. Die Einbeziehung der Staatenbildungsprozesse in den Problemzusammenhang erfolgt in den Dimensionen von Zentrums-Peripherie-Beziehungen und muß unter den Aspekten der Weltsystem-Theorie neu eingeordnet werden. Die Begrifflichkeit des 20. Jahrhunderts überlagert die Gedankensysteme, die zur Jahrhundertwende ihre Kumulation erfuhren.

Förderpreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung fördert alternative, humanistischen Idealen verpflichtete philosophische, ökonomische, politologische und historische Forschung. Sie verleiht jedes Jahr einen Förderpreis an jüngere Wissenschaftler, die mit ihren Forschungen in herausragender Weise dazu beigetragen haben, gesellschaftliche Probleme zu erkennen und Lösungswege aufzuzeigen. Der Preis wird an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verliehen, die sich selbst um diesen Preis bewerben, von Dritten oder von der Jury vorgeschlagen werden.

Der Förderpreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen wird in drei Stufen verliehen:

1. Preis: 3000 DM
2. Preis: 2000 DM
3. Preis: 1000 DM

Bewerbungen und Vorschläge für den Förderpreis des Jahres 1999 sind bis zum 31. Oktober 1999 zu richten an die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.
Sternwartenstraße 31, 04103 Leipzig,
Tel./Fax: 0341-9606531, www.rosa-luxemburg.de

Der Förderpreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen gründet sich auf eine Stiftung des Wirtschaftswissenschaftlers und Publizisten Günter Reimann, New York. Als Jury fungiert der wissenschaftliche Beirat der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, dem namhafte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland angehören.